

Wochenlohn 33 Pf., monatlich 1.20 Pf. im voraus zahlbar. Postbeleg 4.30 Pf. nicht. Beleggeb. Kostenbezugsmoment 6.— Pf. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Wochenbeleggebühren für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beleggebühren „Soll und Sein“ und „Minderheiten“, „Ferner Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Lehrling“, „Bild in die Arbeiterwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einwöchige Kampfkampagne 40 Pfennig, Restsumme 5.— Pfennig. „Kleine Anzeigen“ des jetzigen Monats 25 Pfennig (schliefen am jetzigen Monats), jedes weitere Wort 2 Pfennig. Stängelgebühren des ersten Monats 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 13 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 66 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 60 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgebäude Lindenstraße 2, wochentags von 8 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Tondolli 293-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37336. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wulfsr. 68. Diskontokonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstr. 3

Polen gegen Rheinlandräumung.

Ein Antrag im polnischen Auswärtigen Ausschuss angenommen.

Warschau, 14. Dezember. (Eigenbericht.)

Im Sejm-Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten begründete der Abgeordnete Stroncki am Freitag einen Antrag der Rechtsparterie über die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Rheinlandbesetzung als eine Garantie für die Einhaltung des Versailler Vertrages. Die zahlreichen Reden der polnischen Politiker der Rechten im Reichstag, und besonders diejenige des Grafen Westarp, führte er dabei zum Beweise dafür an, daß die deutschen Rüstungen gegen Polen gerichtet seien. Die neueren Nachrichten über die Rüstungen Deutschlands ließen die Befürchtung aufkommen, daß eine vorzeitige Räumung des Rheinlandes den Frieden schwächen könne. Der Abgeordnete des Regierungsbündels, Löwenherz, schloß sich der Auffassung seines Vorgesetzten an und verlangte für den Fall einer Räumung des Rheinlandes andere Garantien. Polen werde bis zum letzten Blutstropfen für die polnischen Gebiete kämpfen.

Der Antrag wurde schließlich bei Stimmenthaltung der Linksparteien und der Minderheiten, die eine Stellungnahme erst nach dem erwarteten Exposé des Außenministers Jaleski einnehmen werden, angenommen.

Dieser Vorgang ist im höchsten Grade geeignet, die an sich nicht übermäßig guten Beziehungen zwischen Deutschland und Polen noch unerfreulicher zu gestalten. Seine einmütige Abwehr durch die gesamte deutsche öffentliche Meinung ist selbstverständlich.

Der Vorgang im Auswärtigen Ausschuss ist überhaupt recht sonderbar. Der christlich-nationale, d. h. ultra-nationalistische und reaktionäre Abgeordnete Stroncki, Herausgeber des Blattes „Warszanska“, bringt als Rechtsoppositioneller einen außenpolitisch bedeutsamen Antrag in Abwesenheit des Außenministers Jaleski ein.

Im Namen des regierenden Pilsudski-Blocks schließt sich Herr Löwenherz dieser gegen Deutschland gerichteten Kundgebung an. Der Linkspolition bleibt es vorbehalten, auf die Unzeitgemäßheit einer Abstimmung in Abwesenheit Jaleskis hinzuweisen. Man darf wohl daraus schließen, daß die Regierung mit diesem Vorstoß gegen die Rheinlandräumung einverstanden war. Der Verdacht, daß es sich um bestellte Arbeit handelt, mit der Jaleski sympathisiert, liegt um so näher, als Jaleski bereits im September versucht hatte, in Paris Stimmung gegen die Rheinlandräumung zu machen und den vorherigen Abschluß eines „Locarno des Ostens“ verlangte. Damals ist er bei Briand abgeblieben. Aber seitdem ist in dieser Rich-

tung ununterbrochen weitergewirkt worden. Polnische Blätter haben wiederholt verlangt, daß Polen an der Sachverständigenkonferenz teilnehme, obwohl es am Reparationsproblem kaum nennenswert interessiert ist, oder gar an der geplanten „Vergleichskommission“ für das Rheinland, obwohl der Rheinpakt von Locarno ausschließlich zwischen den Westmächten und Deutschland abgeschlossen wurde. Der gestrige Beschluß der Minderheit des Sejm-Ausschusses ist nur die Fortsetzung dieser Treibereten.

Darüber hinaus scheint dieser Vorstoß im engsten Einvernehmen mit den französischen Nationalisten erfolgt zu sein. Erst kürzlich war eine Gruppe von polnischen Parlamentariern in Paris, um Besprechungen mit französischen Abgeordneten abzuhalten. Ist es nun ein Zufall, daß am Donnerstag der Führer der französischen Nationalisten, der Ex-Minister Louis Marin in Nancy eine Rede hielt, in der er sich gegen jede vorzeitige Räumung des Rheinlandes wandte, insbesondere wenn Deutschland nicht weitere Garantien hinsichtlich seiner Ostgrenzen gebe?

Durch solche gleichzeitigen Kundgebungen aus Polen und Frankreich will man offenbar sowohl Jaleski den Rücken stärken, wie auch Briand in den Rücken fallen. Hoffentlich wird Dr. Stresemann den letzten Tag seines Aufenthaltes in Lugano dazu benutzen, um sowohl Briand wie Jaleski in deutlichster Form auf den sehr ungünstigen Widerstand aufmerksam zu machen, den derartige Versuche, die Liquidierung des Weltkriegs zu durchkreuzen, in Deutschland erwecken müssen.

Deutschlands Friedensverpflichtungen gegenüber Polen sind in den Schiedsgerichtsverträgen von Locarno eindeutig genug festgelegt. Dazu kommen noch Deutschlands Mitgliedschaft im Völkerbund und die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes. Wenn Polen trotzdem noch mehr fordert, so ist das geradezu beleidigend für Deutschland. Und der polnische Versuch, hinsichtlich der Rheinlandräumung die französische Regierung gegen Deutschland scharf zu machen, kann nur Wasser auf die Mühlen der deutschen Nationalisten lenken. Ist das etwa der Zweck der Übung? Man möchte es fast glauben. Herr Stroncki beruft sich auf Reden des Grafen Westarp. Nun wird von deutschen Nationalisten gegen Polen zweifellos viel törichtes Zeug geredet, aber genau so töricht reden die polnischen Nationalisten über Deutschland. Nur mit dem Unterschied, daß Westarp in scharfster außenpolitischer Opposition zur Reichsregierung steht, während der gestrige Vorgang zeigt, daß Herr Stroncki für die polnische Regierung bestellte Arbeit leistet.

Anfallversicherung erweitert!

Ein Erfolg sozialdemokratischer Arbeit.

Von Luise Schröder.

Es war nicht leicht, in allen Kreisen der Bevölkerung und vor allem der Wirtschaft den Gedanken durchzuführen, daß der Mensch, der infolge seiner Arbeit die Arbeitsfähigkeit verliert, einen Anspruch auf Existenzsicherung hat. Immer noch besteht in Arbeitgeberkreisen die in diesen Tagen von dem deutsch-nationalen Versidirektor Gol wieder deutlich ausgesprochene Ansicht, daß der Arbeiter das Risiko der Arbeit allein zu tragen habe, und daß eine ausreichende Sozialpolitik sein Verantwortungsgefühl einschränken würde!

Die Unfallversicherung ist aus der Haftpflichtversicherung des Unternehmers hervorgegangen; ursprünglich hat sie nur die in Fabriken, Bergwerken und ähnlich gefährlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter umfaßt. Dann hat die sozialdemokratische Arbeiterkassen seit Jahrzehnten um die Erfassung eines möglichst großen Arbeitnehmerkreises gekämpft und diese ihre Forderung begründet mit den Gefahren auch der Kleinbetriebe, sowie des ganzen mit seiner Tätigkeit verbundenen Lebens des arbeitenden Menschen. Dieser Kampf führte schließlich zu einem gewissen Erfolg: der in einem versicherten Betriebe tätige Arbeiter ist jetzt nicht mehr nur im Betrieb selbst versichert, sondern auch auf dem Wege von und zur Arbeit, sowie bei der Beschäftigung mit dem Arbeitsgerät außerhalb des Betriebes. Durch diese Ausdehnung des Geltungsbereichs der Versicherung tritt aber der in der Reichsversicherungsordnung vorgegebene Unterschied zwischen dem versicherten Großbetriebe und dem nicht-versicherten Kleinbetriebe um so schärfer in die Erscheinung; denn es können die krassesten Ungerechtigkeiten beim Verunglücken mehrerer Arbeiter beispielsweise in einem Betriebsmittel, das sie zur Arbeitsstelle befördert, dadurch eintreten, daß die Hinterbliebenen der einen — weil sie zufällig im versicherten Betriebe arbeiten — versorgt werden, die Hinterbliebenen der in nicht-versicherten Betrieben Beschäftigten dagegen leer ausgehen, obgleich nicht nur dasselbe Unglück, sondern auch der gleiche Beweggrund — nämlich der Weg zur Arbeitsstelle — ihnen den Ernährer raubte.

Aus diesem Grunde hat die sozialdemokratische Fraktion keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, die Erweiterung der Unfallversicherung auf alle dem Risiko der Arbeit ausgesetzten Arbeitnehmer zu fordern; wie aber die Einstellung der bürgerlichen Fraktionen nun einmal ist, muß sie den Weg bis zu diesem Ziel schrittweise gehen. Welche Schwierigkeiten auch dabei noch zu überwinden sind, zeigt das Schicksal der am Freitag vom Reichstage verabschiedeten Novelle. Bereits im Juni 1925 gelang es den sozialdemokratischen Mitgliedern des sozialpolitischen Reichstagsausschusses, eine die Ausdehnung der Versicherung fordernde Entschließung im Ausschuss zur Annahme zu bringen, und beim Etat des Jahres 1926 reichte sie wiederum eine die Einbeziehung insbesondere der Gastwirtschaftlichen, des Krankenpflegepersonals, der Feuerwehrlente und der durch Rettungsmaßnahmen gefährdeten Personen fordernde Entschließung ein; die Bürgerblockregierung hat sich aber bis zum Ende des alten Reichstages — April 1928 — nicht veranlaßt gesehen, den Entwurf dem Reichstage vorzulegen. Um so verdienstvoller war es, daß der Reichsarbeitsminister Wiffel alsbald nach seiner Ernennung im Juli dieses Jahres den Gesetzentwurf dem Reichstage unterbreitete; nun aber war es dem deutsch-nationalen Abgeordneten Hof vorbehalten, durch einen geschäftsordnungsmäßigen Einspruch die Beratung in der kurzen Sommer-tagung zu verhindern!

Wenn nach dieser Leidensgeschichte endlich das Gesetz in allen drei Lesungen vom Reichstage verabschiedet worden ist, so geschah dies infolge des unausgesetzten Drängens der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, deren Bemühungen es auch gelungen ist, nicht nur die vom Reichsrat in das Gesetz hineingebrachten Ausnahmen von dem oben genannten neu zu erfassenden Kreise von Versicherten — so vor allem die Einkommensgrenze für einen Teil der Versicherten — aus dem Gesetz herauszubringen, sondern auch zu den schon vorgesehenen noch neue Berufe in das Gesetz hineinzubringen.

Auf diese Weise fallen vom 1. Juli dieses Jahres ab unter die Unfallversicherung nicht nur, wie ursprünglich im Gesetzentwurf vorgesehen, die Krankenpfleger und Krankenpflegerinnen in den Heilanstalten, sondern auch die gesamte offene und halboffene Gesundheitsfürsorge, also das Personal in Ambulatorien sowohl wie die Hauspfleger und die Hebammen. Soweit die letzteren selbständig tätig sind, fallen sie unter den Kreis derjenigen, für die die freiwillige Versicherung möglich ist. Zu diesen gesundheitspflegerischen Arbeitnehmern kommen die Helfer und Helferinnen der öffentlichen und privaten Wohlfahrts-pflege, das heißt, nicht nur die Beamteten, sondern auch die ehrenamtlich Tätigen. Berücksichtigen wir dabei, daß von

Nachmittag im Reichstag.

Erste Sitzung 22 Uhr. — Zweite Sitzung 0,1 Uhr!

Der Reichstag wird heute, bevor er in die Weihnachtstagen geht, dank einer Quertätigkeit der Wirtschaftspartei zwei Nachmittage hintereinander abhalten. Die erste beginnt um 10 Uhr abends, die zweite ist auf — 0,1 Uhr anberaumt worden.

Auf der Tagesordnung der 0,1 Uhr-Sitzung steht der Nachtragsetat. Nach der Geschäftsordnung dürfen Etatvorlagen erst am dritten Tage nach ihrer Verteilung auf die Tagesordnung gestellt werden. Der Vorstoß, davon diesmal abzugehen, scheiterte lediglich am Widerspruch der Wirtschaftspartei, die lediglich bei der Befragung der Ausschüsse benachteiligt fühlte und deshalb eine „Verfassungsverletzung“ nicht zulassen zu dürfen glaubte. Um nun nicht noch für die kommende Woche den gesamten Reichstagsapparat zusammenzuströmen zu müssen, verfiel man auf den Ausweg, von 10 bis 12 Uhr abends Rotarbeiten im Plenum zu erledigen und Sonntag morgen, 0,1 Uhr, am Beginn des dritten Tages nach Verteilung des Nachtragsetats, in einer neuen Sitzung den Nachtragsetat zu behandeln.

Litwinow junior stellt sich.

Er will Beauftragter der Komintern gewesen sein.

Paris, 14. Dezember.

Wie dem „Journal des Debats“ berichtet wird, hat der Bruder des Volkskommissars Litwinow sich heute dem französischen Untersuchungsrichter gestellt. Er hat dem Blatt zufolge ausgesagt, daß die Beschlüsse, die regelrecht von ihm angenommen und gerichtet worden seien, der Komintern dazu gedient hätten, selber für die Sowjetpropaganda zu beschaffen.

M. G. Schmuggel auf der Donau.

Die Schöber-Polizei sucht zu vertuschen.

Wien, 14. Dezember. (Eigenbericht.)

Zu dem neuen Waffenschmuggel nach Ungarn erzählt ihr Korrespondent: Um 1/8 Uhr abends kam eine Kommission, bestehend aus einem Polizeioffizier und mehreren Offizieren der Wehrmacht, auf deren Verlangen alle Risten geöffnet wurden. Es ergab sich, daß der Inhalt aus sechs Maschinengewehren samt den dazugehörigen Ersatzbestandteilen, Wasser- und Munitionbehältern und Patronenmagazinen bestand. Zwei ähnliche Sendungen sind bereits früher durchgeföhrt worden; erst durch den Zufall, daß die Riste brach, wurde am Freitag der Inhalt entdeckt. Die Wiener Firma Joseph Popper hat schon im vorigen Jahre bei der Süddeutschen Dampfschiffahrts-Gesellschaft eine Riste mit Maschinengewehrbestandteilen nach Budapest ausgegeben. Diese Riste wurde damals beschlagnahmt und dem Arsenal übergeben.

Die Abendblätter bringen Berichte der Polizei, die die Sache als reines Privatgeschäft darstellen wollen. Wie wenig das aber der Fall ist, geht daraus hervor, daß die Wiener Firma, die die Risten aufgegeben hat, selbst zugeben muß, den Auftrag von einem Generalmajor des Aufgebotes, Ingenieur Artur Reutter, erhalten zu haben. Dieser hat allerdings bei der Polizei erklärt, daß er die Waffen im Auftrag eines Budapester Kaufmanns gekauft habe und sie an diesen abgeben wollte. Als zweiter Auftraggeber kommt ein gewisser Kemény in Frage, ein Ungar, der früher in der ungarischen Munitionsfabrik Manfred Weiß beschäftigt war und schon seit Jahren im Verdacht steht, sich an Waffenschmuggeln aus oder über Oesterreich nach Ungarn zu beteiligen.

Geborene Horthyflühe. Der ehemalige Stadthauptmann Alexius Etals, der als Leiter der Budapester Polizeilantive jahrelang Verurteilungen und Unterdrückungen begangen hat, wurde zu drei Jahren vier Monaten Zuchthaus verurteilt.

Preußen und das Konfordat.

Sozialdemokratische Erklärung im Landtag. — Eine Rede des Ministerpräsidenten

Der Regierung die Schaffung einer einheitlichen Berufsgenossenschaft für diese Kreise sowie die Erklärung der sogenannten Hausinspektoren als Berufsangehörigen zugesagt worden ist, so ist tatsächlich für diese der Gesundheit wie der Wohlfahrt des Volkes dienenden Schichten ein umfassender Unfallschutz erreicht worden. Bedauerlich bleibt es höchstens, daß es nicht möglich war, die Herausnahme der geistlichen Schwestern beziehungsweise der Schwestern von Diakonissen-Mutterhäusern zu verhindern; doch ist hieran die ausdrückliche Bedingung geknüpft, daß sie lebenslanglich versorgt sein müssen. Durch einen sozialdemokratischen Antrag wurde außerdem ihre geistliche Versorgung gesichert für den Fall, daß sie nach ihrer Verlegung aus der geistlichen Genossenschaft oder dem Mutterhaus ausscheiden. Dadurch sind sie von dem Zwang befreit, gegen ihren inneren Wunsch in ihrer Berufsgenossenschaft zu bleiben zu müssen.

Zu diesem neuen Versicherungskreis tritt außer den Feuerwehren und den Helfern bei Unglücksfällen der Betrieb der Schaustellungen, Musikaufführungen, das künstlerische Personal sowie die Rundfunkbetriebe hiesiger, und zwar wiederum infolge der sozialdemokratischen Bemühungen und des verständnisvollen Mitarbeitens des Reichsarbeitsministeriums ohne die vom Reichsrat gewollten Ausnahmen.

Vollkommen neu eingeschlossen wurden in das Gesetz die Betriebe zur Bewachung von Betriebs- und Wohnstätten, und ferner in den versicherten Gast- und Schankwirtschaften das Bedienungspersonal, sowie der kaufmännische und verwaltende Teil eines versicherten Betriebes, wenn er den Zwecken des versicherten Betriebes dient und zu ihm in einem dem zweckentsprechenden örtlichen Verhältnis steht. Diese Neueinschlüsse sind von deutschnationaler Seite aufs stärkste bekämpft worden, und es war bezweifelnd, daß der Vertreter der deutschnationalen Partei, die sich so gern als Schützer der Handlungsgehilfen hinstellt, gerade gegen den Einfluß des kaufmännischen Personals aufs schärfste vorgeht. Wenn aber überhaupt die Bedingung des örtlichen Zusammenhanges in das Gesetz hineinkam, so durch den Antrag der Deutschen Volkspartei und die Stimmen der bürgerlichen Fraktionen, die immer noch gewisse Hemmungen in der Gleichstellung der Arbeiter und Angestellten auf sozialpolitischem Gebiet nicht ganz überwinden können.

Immerhin zeigen diese Beispiele, daß der Kreis der Unfallversicherten durch dieses Gesetz ganz erheblich erweitert worden ist. Noch konnten sich die übrigen politischen Parteien nicht aufschwingen zu einer einheitlichen Versicherung aller Betriebe und Arbeitnehmer, besonders auch der im Kleinbetrieb beschäftigten Hausangestellten; aber die jetzigen Beschlüsse bedeuten nicht nur einen großen Schritt vorwärts zu diesem Ziel, sondern es wurde außerdem eine Entschlüsselung angenommen, die die Regierung auffordert, dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch den die zurzeit noch nicht versicherten Betriebe und Tätigkeiten in die Unfallversicherung einbezogen werden. Diese Entschlüsselung ebenso wie eine weitere, nach der die Regierung eine Neuregelung der Leistungen der Unfallversicherung auf Grund der gegenwärtigen Lohnverhältnisse vorlegen soll, bedeutet einen politischen Erfolg sozialdemokratischer Arbeit, der uns zu der Zuversicht berechtigt, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo das Arbeitsrisiko der Arbeitnehmer von der Gesamtwirtschaft und nicht von ihnen allein getragen werden wird. Wie notwendig diese Forderung ist, ergibt sich aus der Tatsache der rund einen Million von Arbeitsunfällen, mit der wir jährlich in Deutschland zu rechnen haben!

Der Zwist im Zentrum.

Die Vertrauensmännerversammlung in Offen.

Offen, 14. Dezember.

Auf der Vertrauensmännerversammlung des Zentrums am Sonntag in Offen werden Stegerwald, Imbusch und Giesberts sprechen. Es ist dies eine nur für Mitglieder bestimmte Tagung, die im einzelnen hierzu Einladungen erhalten haben. Die Presse ist nicht zugelassen. Es wird aber von der Zeitung ein Versammlungsbericht herausgegeben.

Eine Erklärung Stegerwalds.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages beschloß die Einbringung einer Interpellation wegen der wirtschaftlichen Lage des Grenzlandes. Der stellvertretende Vorsitzende Dr. Perlitius gedachte des 54. Geburtstages des Abg. Stegerwald. Dieser sprach seinen Dank für den Glückwunsch aus und führte unter anderem aus, es seien in jeder großen Arbeitsgemeinschaft Gegensätze unvermeidbar. Wenn solche Gegensätze sich in der Weise ausprägen, wie es auf dem Parteitag in Köln geschehen sei, dann können daraus auch Bestimmungen entstehen. Dies dürfte aber kein Grund sein, daß man nicht die großen Ziele gemeinsam durchsetzen könnte.

Polenflieger über Deutschland.

Auspähungsgeweracht.

Referat, 14. Dezember.

Heute nachmittag gegen 14 Uhr überflog ein polnisches Flugzeug, das die Zeichen POZ trug, in 1000 Meter Höhe Stadt Referat in östlicher Richtung. Ueber dem Bahnhof machte es mehrere Schleifenfahrten. Zwei weitere Flugzeuge wurden bei Rainscht, einige Kilometer südwestlich von Referat beobachtet, die dort über den Anlagen der Ueberlandzentrale kreuzten und dann nach der Grenze weiterflogen. An einem dieser Flugzeuge wurde deutlich das Wort Polska erkannt. Wie weit die Flugzeuge im Innern Deutschlands waren, konnte noch nicht festgestellt werden. Erst am 23. November wurden hier drei Flugzeuge auf dem Rückflug zur Grenze beobachtet, die bis in der Gegend von Rappin gewesen waren.

Es wird Zeit, daß Polen seinen Fliegern diese Ausflüge verbietet. In der Ostgrenze des wahrhaftig für sehr betrübliche Zeitverhältnisse ausreichenden polnischen Staatsgebietes werden solche Ausflüge wahrscheinlich vermieden, da dort Sowjet-Polns Feuerbereitschaft stehen dürften. Vielleicht interessieren sich die Garanten der Ermahnung Deutschlands für diesen polnischen Flugbetrieb!

Der Kampf um Tod und Leben. Freitag abend wurde folgendes Bulletin über König Georg ausgegeben: Der König verbrachte einen etwas unruhigen Tag und das Allgemeinbefinden ist nicht ganz zufriedenstellend. Der Puls ist jedoch stetig.

Der Landtag setzte gestern die Aussprache über den Haushalts 1929 fort.
Abg. Jall (Dem.): Um den Etat auszubalanzieren, sei die Abschlagszahlung von 25 Millionen auf die Forderungen Preußens an das Reich mit einzusetzen gewesen. Gesunde Finanzverhältnisse werden erst wieder eintreten, wenn die Reparationslasten auf ein erträgliches Maß beschränkt werden.

Abg. Ledebors (Wp.) kritisiert die Finanzgehörigkeit Preußens, die namentlich den Mittelstand schwer geschädigt habe; Haus- und Grundbesitz gingen dem Untergang entgegen. (Große Heiterkeit.) Dem organisierten Marxismus werde die Wirtschaftspartei die Recht des organisierten deutschen Mittelstandes entgegenzusetzen.

Ministerpräsident Dr. Otto Braun:

Die Deutschnationalen haben geglaubt, zwischen dem Auslandsminister und mir einen Gegensatz in der Konfordatfrage feststellen zu können. Demgegenüber erkläre ich, daß volle Übereinstimmung zwischen uns beiden in dem Punkt besteht, daß der Auslandsminister sich den Zeitpunkt, an dem er autorisiert, noch vorbehalten muß. Diese Erklärung hat auch für die Staatsregierung Staatssekretär Weismann im Reichsrat abgegeben. Ich habe also nicht abgesehen, mich zu dieser Frage zu äußern, sondern stehe auf dem Standpunkt, daß der Landtag von dem Ergebnis der Verhandlungen unterrichtet werden muß. Wie bei allen Staatsverträgen wird also ein solches Konfordat nur vorbehaltlich der Genehmigung des Landtages abgeschlossen werden können.

Mit Recht haben die verschiedensten Redner auf die schlechte Wirtschaftslage hingewiesen. Eine ihrer schmerzhaftesten Wunden ist zweifellos die Agrarkrise. Würde sich aber die Regierung nach dem Räte der Herren von rechts nicht um die Wirtschaft kümmern, so würde das den notleidenden Landwirten im Osten sehr schadet bekommen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nach Auflassung der Opposition soll sich der Staat, wenn die Dinge schief gehen, wohl am Risiko, wenn es der Wirtschaft gut geht, aber nicht an den Chancen beteiligen. Eine solche Wirtschaftspolitik ist unmöglich. Die Meinungen gehen natürlich auseinander in der Frage, was eine vernünftige Agrarpolitik ist.

Abg. Straer (Dnat.): Wann ein Bod geschossen werden darf! Ministerpräsident Braun: Ich schreie draußen Böde, Sie hier! Das ist der Unterschied! (Große Heiterkeit.) Es ist nicht außer acht zu lassen, daß die Wirtschaftspolitik maßgeblich vom Reiche beeinflusst wird. Die schmerzlichen Verhältnisse in der Landwirtschaft haben sich insbesondere in der Zeit entwickelt, als die Deutschnationalen im Reiche an der Regierung waren. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß hier weder Subventionspolitik, noch Hochzinspolitik helfen können.

Hier wäre vielmehr eine Regelung durch eine vernünftige Abzugspolitik am Platze, denn es ist ein unergiebiger Zustand, daß der Landwirt den Zentner Kartoffeln mit 1,50 M. bezahlt bekommt, während der Konsument 6 M. dafür bezahlen muß.

Hier könnte die Wirtschaftspartei darauf hinwirken, daß der Zwischenhandel sich auf einen erträglichen Gewinn beschränkt; das wäre auch Hilfe für den Mittelstand, zu dem ja auch die Landwirte gehören. (Sehr wahr! links.)

Die absteigende Konjunktur spiegelt sich natürlich auch in der öffentlichen Finanzpolitik wider. Herr Ledebors hat angeklagt der schlechten Staatsbilanz nach dem Staatsanwalter gerufen. Er überläßt, daß eine Bilanz das Ergebnis eines Geschäftsvorganges ist, und daß der Staat nichts weiter als ein Vorkaufsrecht ist. Die endgültige Befreiung liegt ja mit in seiner Hand. Selbstverständlich muß der Staat auch Bewegungsfreiheit für unvorhergesehene Ausgaben haben, z. B. wenn Naturkatastrophen eintreten. Vielleicht ist im Etat der Gesichtspunkt viel zu weit beachtet, daß aus der Wirtschaft nicht mehr Mittel gezogen werden, als zur Deckung der notwendigen Ausgaben nötig ist. Deshalb haben wir von der Hand in den Mund. Hier ist die Rechnung wohl zu beachten, daß bei Anträgen und Bewilligung von Mitteln, die von allen Parteien gestellt werden, auch gleichzeitig für die Deckung gesorgt wird.

Die Grenzlandpolitik der Regierung ist zu Unrecht Gegenstand der Kritik gewesen. Ich bin der Ansicht, daß hier nicht allein mit der Aufstellung von Programmen gesollt werden kann, sondern daß die Mittel auch zur Verfügung stehen müssen. Es ist richtig, daß die Regierung hier gehemmt ist, doch wird in Zukunft die Fürsorge für die westlichen benachteiligten Grenzgebiete nicht erlahmen, auch nicht für den Osten, der infolge unglücklicher Grenzziehung aus tausend Wunden blüht.

Eine Antwort an Bayern.

Deshalb sind mit Recht als Abschlagszahlung vom Reiche für unsere Forderungen 25 Millionen Mark in den Etat eingestellt worden. Bayern hat zwar von dem preußischen Gehirns gesprochen, in dem rauhen und herrlichen Ton, der in München üblich ist. (Heiterkeit.) Ich will nicht in demselben Tone sprechen, aber rein sachlich stelle ich fest, daß Preußen durch den Friedensvertrag wichtigen Land- und Domänenbesitz als einziges Land abgegeben hat, und zwar im Werte von ungefähr 3,5 Milliarden. Das Reich hat diese Forderung auch anerkannt und bisher 65 Millionen als Abschlag gezahlt. Die Ursache zu dem Vorstoß Bayerns gegen Preußen liegt in der Entschädigung des Staatsgerichtshofes über Bayerns Biersteuer-Anteil. Doch denkt Preußen nicht daran, Bayern oder anderen deutschen Ländern die ihnen zustehenden Rechte an das Reich freiwillig zu machen.

Der Ministerpräsident wendet sich sodann den Ansprüchen Bayerns zu, die es aus dem Uebergang der bayerischen Post auf das Reich im Jahre 1919 herleitet. Preußen habe seinerzeit bei der Gründung des Norddeutschen Bundes nur für acht Jahre zur Etatbalanzierung einen Gewinnanteil erhalten. Dasselbe Recht stehe natürlich auch Bayern zu. Darüber hinaus könne aber Preußen weitere Forderungen nicht anerkennen. Preußen wehre sich nur gegen Vorentscheidungen auf Kosten der anderen Länder, die nichts erhalten. Länder, die weiter selbständig leben wollen, sollen auch weiter bestehen. Aber nicht lebensfähige Staatsgebilde zu erhalten, sei keine rationelle Staatswirtschaft.

Das Problem des Einheitsstaates.

Der Ministerpräsident wendet sich sodann dem Problem des Einheitsstaates zu und fährt fort: Alle tiefgründigen Erörterungen darüber haben uns dem Ziel nicht näher gebracht. Nach meiner Auffassung können künstliche Konstruktionen hier nicht helfen. Das gilt auch für den Vorschlag des Luther-Bundes, Preußen zum Reichsland zu machen. Das wäre eine Rangveränderung! Aber man soll bei Annahme von Geschenken vorsichtig sein, denn bei Nichtbehalten, hätte nach diesem Vorschlag Preußen weniger Rechte als jetzt.

Der Dualismus zwischen Preußen und dem Reich ist sicherlich nicht erwünscht. Aber ich bestreite, daß er sich für das Reich so nachteilig auswirkt, wie immer behauptet wird. Würde man allerdings in Preußen bayerisch reden, so wäre das sicherlich für das Reich sehr unbequem. Nach Auflassung der Deutschnationalen läßt sich der „germanische Geist“ nicht von einer Stelle aus regieren. Ich bin allerdings der Auffassung, daß die Eigenbrötelerei der Deutschen nicht ihr Vorbild, sondern ihr Verhängnis gewesen ist. (Sehr wahr! links.) Deshalb würde die Zentralisierung der Verwaltung auch nicht zur Kulturerhebung führen, wie gefürchtet wird. Das mag

unter der konföderativen Regime der Fall gewesen sein. Heute ist das anders, und ich hoffe, daß es bei meinem zwanzigjährigen Regierungsjubiläum noch besser sein wird. (Heiterkeit und Beifall.)

Der Ministerpräsident schließt mit der Bemerkung, daß, je weniger man vom Einheitsstaat rede, die Entwicklung zu ihm um so schneller gehe. Das zeige die günstige Entwicklung der Hamburger Frage. Zur die Zusammenfassung aller Kräfte führe zu höchster Leistungsfähigkeit führen. (Stürmischer Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Christian (Christl.-nat. Bauernp.) kritisiert die steigenden Ausgaben, redet von der Rot der Landwirtschaft, fordert Sparsamkeit bei Staat und Kommunen.

Hierauf stellen die Nationalsozialisten den geschäftsordnungsmäßigen Antrag auf Herbeiführung der Minister, die auch durch Zufallsmehrheit der Rechten beschließen wird.

Abg. Haake (Nat.-Soz.) kritisiert die Zustimmung zu dem Dawes-Vortrag.

Abg. Dr. Hamburger (Soz.)

gibt zunächst eine von seiner Fraktion einstimmig gebilligte Erklärung zur Frage eines etwaigen Übereinkommens zwischen Preußen und der Kurie ab:

Die sozialdemokratische Fraktion wird einem Übereinkommen, das Schulangelegenheiten regelt, nicht zustimmen, da auf dem Gebiete des Schulwesens dem Staat allein die Entscheidung zusteht.

Ebenso wenig wird die Fraktion einem Übereinkommen zustimmen, in dem Bestimmungen enthalten sind, die der in Artikel 138 der Reichsverfassung vorgesehenen Gesetzgebung betreffend Abfassung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften vorgehen.

Sollte der Entwurf eines Übereinkommens vorgelegt werden, in dem diese vorstehenden grundsätzlichen Forderungen berücksichtigt sind, so wird die Fraktion prüfen, ob die Regelung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche in ähnlichen Angelegenheiten in Form eines Übereinkommens zwischen Preußen und der Kurie im staatlichen Interesse notwendig ist und ihre endgültige Stellungnahme zu dem Entwurf von seinem Inhalt im einzelnen abhängig machen.

Der Redner fährt fort: Der Ministerpräsident kann anfänglich seines Regierungsjubiläums mit der Kritik der Oppositionsparteien zufrieden sein. Wenn die Deutschnationalen sich darüber bekümmern, daß der Ministerpräsident gegen Belästiger seiner Person Prozesse anstrengt, so sollten sie daran denken, daß Friedrich der Große bei Angriffen ähnlicher Art die Prügelstrafe für angebracht hielt. Gegenüber den Angriffen der Rechten gegen das parlamentarische System hatten wir an ihm fest, da es zur Festigung und Förderung des Volkswillens führt. Das betonen wir auch gegenüber dem Finanzminister, der diese Frage recht akademisch behandelt hat. Eine Beschränkung der Rechte des Landtages kann deshalb überhaupt nicht in Frage kommen.

Wir werden selbstverständlich auch weiter bemüht sein, eine Grenzlandpolitik zu treiben, die die schweren Erschütterungen als Kriegsfolgen im Osten und Westen des Landes beseitigen wird. Wir sind dazu um so mehr verpflichtet, als durch jahrzehntelange Verwahrnis der alten königlichen Regierung hier sehr viel zuzumachen ist. (Sehr wahr! links.)

Gegenüber den Bekümmerten, daß die staatlichen Bauten zu hohe Kosten verursachen, fordern wir, daß im Gegensatz zu dem stichförmigen Kassenstil des Kaiserreiches die Republik einen eigenen Stil herausbringt. Das gilt namentlich für die Schulen. Es ist eine Aufgabe des Staates und auch zugleich eine ethische Aufgabe, dafür zu sorgen, daß den Kindern, die in den letzten Wohnjahren der Großstädte zu leben gezwungen sind, möglichst während ihrer Schulzeit bessere Unterkunft geboten wird.

Wir fordern bei dieser Gelegenheit auch eine Reform des kommunalen Lastenausgleichs. Es geht um keinen Fall, namentlich was die Hauszinssteuer betrifft, daß der Lastenausgleich z. B. nur auf Kosten Berlins vorgenommen wird.

Wir sind erfreut darüber, daß das Zentrum sich jetzt sogar gegen die geplanten Eingemeindungen wendet und sogar von einer Eingemeindungsgesuche spricht. Ich stelle fest, daß bisher in diesen Fragen das Zentrum sehr positiv mitgearbeitet hat. Es ist an der Zeit, dieser sich immer mehr bemerkbar machenden Ortsgemeinschaft entgegenzutreten. Auch hier haben wir die Sünden des alten Regimes wieder zuzumachen, das einmal die Großstädte dafür bestraft, daß sie überhaupt da waren, d. h. weil sich in ihnen eine starke Sozialdemokratie entwickelte, und zum anderen wegen des Widerstreites kommunaler Interessen durch das Anwachsen der Großindustrie. Wir wünschen eine gleichmäßige Behandlung der Großstädte und der Landkreise.

Die Verwaltungsreform wird hoffentlich von dem Innenminister fröhlich gefördert werden. Hier kommt das Gute nie zu spät. Das hat die Auflösung der Gutsbezirke gezeigt, durch die das platte Land der kommunalen Demokratie erschlossen wurde. Die Deutschnationalen, die beim Flaggengelingen so für die Selbstverwaltung eingetreten sind, haben sich aber hierbei als die schärfsten Gegner derselben gezeigt. Wenn die Rechte gegen die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden aus diesem Grunde Protest erhebt, so tut es uns leid, daß wir noch keinen Entschluß der Finanzminister in dieser Beziehung sehen können.

Der Redner kommt sodann auf die Personalpolitik der Regierung zu sprechen und führt eine Reihe von Fällen an, in denen gegenüber Beamten, die sich als offene Feinde der Republik betannt haben, viel zu milde vorgegangen sei. Er fährt fort:

Wir begrüßen insbesondere, daß das Kabinett im Jahre 1928 kein Todesurteil hat vollstrecken lassen. Ich hoffe, daß das Jahr 1927 das letzte gewesen ist, in dem ein solches in Preußen vollstreckt worden ist. (Sehr gut! bei den Soz.)

Wenn auch auf dem Gebiete des Strafvollzugs eine Besserung eingetreten ist, so wollen wir doch darauf hin, daß es uns nicht auf Gnade, sondern auf das Recht ankommt. In diesem Sinne ist die Justizreform noch nicht überwunden. Wir werden darauf hinarbeiten müssen, daß wir endlich zu einer vollständigen Rechtsprechung kommen. Wir lassen uns jedenfalls in unserer Politik keinen von der Verantwortung, die wir als die stärkste Partei für die breiten Volksschichten im Lande draußen tragen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Bader (Dnat.) wendet sich gegen die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners und erklärt, daß es für Preußen allerhöchsten Schaden bedeutet, wenn Ministerpräsident Braun noch weitere 10 Jahre im Amt bleibt. (Heiterkeit und Beifall links.) Die Behauptung des Ministerpräsidenten sei unrichtig, daß unter der Bürgerblockregierung nur unzureichende Maßnahmen für die Landwirtschaft getroffen seien. Preußen habe alle Hilfsaktionen für dieselbe labortiert. Gegen die schwarzweihroten Farben würde ein unfauler Kampf geführt. Für den notleidenden Osten müßte Hilfe durch ein umfassendes Programm kommen. Die jetzige Regierung verdiene das schärfste Mißtrauen.

Ministerpräsident Dr. Braun

tritt den Ausführungen des Redners entgegen, daß die preußische Regierung in der Diskussion für Ostpreußen verlag habe. Sie lehne es allerdings ab, landwirtschaftliche Be-

Made in Germany.

Es klingelt. Eine ältsche dicke Frau in einer bunten Nationaltracht, dicke Leinwand, Beinhörner, Brücken. Die Ware erscheint im Halbdunkel sehr verlockend mit ihren leuchtenden Farben, und dabei ein billiger Preis, das Stück nur 15 M.

„Echte Auslandsware.“

verföhrt die Fremde. Na, man kann sich ja mal die Dinge bei sich ansehen. Eine Tasse warmer Kaffee und ein Butterbrot ist der Händlerin bald die Junge. Vorher wird ihr aber versichert, daß wir für Ihren Artikel keinen Gebrauch haben. Ein minderwertiges Zeug, ganz locker im Gewebe. Höchst unwahrscheinlich, daß die Rumänen so etwas über die Grenze lassen. Und so stellt sich denn auch bei freudlichem Zureden am Kaffeetisch der ganze Schwundel heraus: Made in Germany. Die kleine schlesische Stadt Kowitz erwehrt diese Sachen. Ein jüdischer Unternehmer in einem Vorort Berlins vertreibt sie. Um sie aber als Auslandsware anpreisen zu können, hat er eine Schaar Händler aus Rumänien engagiert, aus einem früheren deutschösterreichischen Dorf, die in ihrer Heimatstadt diese Fußnoten verkaufen müssen. Ob nicht auch gleichzeitig etwas Ausbeutung dabei im Spiel ist? Der Name des Zwischenhändlers klingt ganz tschechisch, er scheint von seinem bekannten Freund „Bata“ gelernt zu haben. Denn zweifellos sind diese fremden Menschen in ihren Ansprüchen genügsamer und zur Ausbeutung williger als deutsche Arbeiter. Treppauf, treppab müssen sie tagsüber rennen, um das Geld zu haben, ein paar von ihren Dedes loszuschlagen. Bei äußerster Einschränkung der Lebenshaltung — es handelt sich immer um größere Familien, die in einem Raum zusammenhausen — können einige Ersparnisse zurückgelegt werden, mit denen die Händler zum Winter wieder zurück in ihr Dorf fahren. Nach der Versicherung der Frau ist das aber immer noch mehr, als was der Arbeiter dort erübrigen könnte, wo der Verdienst knapp für das Brot reicht.

Der chinesische Händler.

Einmal ist es ein echter Chinese, der vorpricht. Ein ganz junges Bäckchen, mit dem man sofort Mitleid hat, weil er so weit über das Meer hinweg von seiner Mutter entfernt ist. In seinem kläglichen Blick wohnt gleichzeitig ein Schelm, was die Kinder auch sofort herausgefunden haben. Es scheint, daß er am liebsten mit ihnen spielen möchte, aber die Peitsche — im echten Sinne gemeint — treibt ihn, seinen Tee anzubieten. Chinesen trinken Tee. Der kleine Händler kann nur diese drei Worte Deutsch, wenigstens stellt er sich so. Man kauft ihm aus Mitleid schon ein Bäckchen ab, das gar nicht so billig ist und wobei sich herausstellt, daß der Chinese sehr gut das Geld versteht. Der Tee ist schauerhaft und beim Auskochen der Lüste sieht man auf der Innenseite des Topfers eine kleine Aufdruckeile von einer Dresdenerütenfabrik: Made in Germany! Bei anderer Gelegenheit erzählt man, daß bei dem Verkauf dieser Waren durch Chinesen ein noch robusterer Ausbeutungssystem angewandt wird als das tschechische. Die jungen Chinesen werden in ihrer Heimat wie Sklaven gekauft und müssen für Jahre hindurch dem Unternehmer verpfändet. Der Händler dieser Waren verdient mit gutem Gewinn die Armen denn in europäische Hauptstädte, wo sie ein anderer für alle möglichen Arten von Diensten braucht oder mißbraucht. Im Norden Berlins kaufen sie engekleidete zusammen und wehe ihnen, wenn sie nach der Tagesstraße nicht mit einem gewissen Verdienst nach Hause kommen, dann legt es Schläge. Eine Rückkehr in die Heimat ist ganz ausgeschlossen. Nur selten gelingt es Betrienen von ihnen, sich dem Zwang zu entziehen. So findet man denn auch ab und zu Chinesen im Hof für Obdachlose. Manche Hausfrau, die mit Stolz von einem chinesischen Händler ein „echtes chinesisches Kaffeegericht“ für lautes Geld erworben hat, muß zu ihrem großen Bedauern erfahren, daß ihr ein Stenker nachweist, daß es ein tschechisches Fabrikat ist und nicht einmal ein gutes, das sie im Warenhaus für die Hälfte des Geldes hätte kaufen können. Die chinesischen Prachen und Blumen darauf sind nicht gemalt, sondern sind Abzugsbilder, wie man mit einer Lupe sehr gut erkennen kann. Made in Germany.

Betrachtet man in der Friedrichstraße die Auslagen von einigen Kunsthandlungen, so wird man erstaunt sein, welche wunderbaren Antiquitäten dort ausgestellt sind. Doch wird der Verkäufer nicht den einzigartigen Gegenstand, den Damaszenerdolch, die Dose von Dimos, die kleine Bronzenglocke mit uralten Hieroglyphen u. a. aus dem Schaufenster nehmen, sondern den gleichen Gegenstand hinten vom Lager. Es sind höchst kunstvolle Nachahmungen, um nicht von Fälschungen zu sprechen, da sie ja nicht als echt angeboten werden. Made in Germany. Gefährlich wird die Sache erst, wenn ein solcher Gegenstand durch Privatände an Dritte veräußert wird, denn wer besitzt so viel eingehende Kenntnis von der Echtheit von Antiquitäten? Hat man doch sogar berühmte Kunstwerke in den Museen, die sich als Fälschungen, als „Made in Germany“, gemacht in Deutschland, herausstellen, wie die letzten Enthüllungen in der Tagespresse kundgaben. Eine ganze Industrie in Nürnberg beschäftigt sich damit, kunstvolle alte Renaissancemöbel u. a. herzustellen, bei denen Jahrhunderte altes Holz und alte Handwerkszeuge zur Herstellung verwendet wird. Oft werden diese Fälschungen in die Ursprungslander der Formen erst ausgeführt, um von dort als echt in das Inland wieder eingebracht zu werden. Made in Germany.

Echt „englische“ Stoffe.

Die sonderbarsten Blüten treibt die Sucht der Auslandsnachäfferci in der Textilbranche. Da muß bei den Leuten, die das Geld dafür haben, alles „echt englisch“ sein, der Anzug in London gemacht, der Stoff englischer Herkunft, der Hut, die Strawatte bis zum Untersteintuch. Wir heiligsten Eiden muß der Schneider versichern, daß es auch englischer Stoff ist, den er verarbeitet, was er um so glaubwürdiger macht, wenn er 10 M. für den Meter Stoff mehr ausschlägt. Und doch kann es einem solchen Roboter passieren, daß das gleiche Muster des Stoffes ein anderer ebenfalls trägt, der längst nicht soviel Geld dafür ausgab, weil ihm sein Schneider ehrlich gestanden hat, daß er seine Stoffe aus Baden oder Kollbus bezieht. Made in Germany! Es ist sogar ein offenes Geheimnis, daß englische Tuchstücken ihre Stoffe aus Deutschland beziehen, wo sie wohlfeiler sind und meist von der gleichen Qualität. Und die Menschen, die denn einen solchen echt englischen Stoff, gemacht in Kollbus, kaufen, verdienen es auch, daß sie betrogen werden.

Ein Sprichwort sagt: „Weibe im Lande und nähre dich rechtlich.“ Es findet auch seine Anwendung auf die Ware, die man aus dem Heimatlande beziehen soll und nicht aus dem Ausland. Jeder Groschen, der ins Ausland abwandert, schädigt das Volkvermögen und drückt sich in einer stärkeren Besteuerung des einzelnen aus.

Ist Erich Schmidt geisteskrank?

Das Potsdamer Schwurgericht in der Irrenanstalt Görden.

Im Laufe der weiteren Verhandlung gegen den 33jährigen Arbeiter Willi Schmidt wird die 17jährige Schwester des Angeklagten, Fabrikarbeiterin Frida Schmidt, vernommen. Sie konnte Erich Schmidt schon seit vielen Jahren und hat mit ihm Kinos und andere Vergnügungsgaststätten besucht. Auf die Frage des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Dr. Besterlamp, ob der Erich auch „heile“ sei, antwortet die Zeugin: „Ja, er war heile, aber lesen konnte er nicht.“ Nach dem Vordatage brachte Erich ihr eine Zeitung mit und las die Berichte über den Nordsee. Dabei meinte er: „Solchen Menschen möchte man gleich den Kopf abhacken. Besser ist es ja, gleich Kopf ab als lebensunfähig.“ Da die Zeugin nie gehandelt aus ihrem Bruder steht, wird der Angeklagte auf Wunsch des Oberstaatsanwalts aus dem Saal geführt. Dann erzählt die Zeugin: Ihr Bruder sei am Tage vor der Tat mehrere Male zu ihr in die Stube gekommen, um eine Aktienmappe zu holen. Diese Aktienmappe war zwei Tage lang verschwunden. Als die Schwester danach fragte, meinte Willi pagig: „Sei ruhig, du triffst's ne neue.“ In dieser Aktienmappe wurden die Gold- und Silberfächer des ermordeten Freundes wegge-

schleppt. Die sodann als Zeugin aufgerufene Mutter des Angeklagten verweigert die Aussage. Darauf wird ein berühmter Sittlichkeitsverbrecher als Zeuge vorgeführt. Eines Tages sagte Erich: „Ich habe den Willen nur reingeritten, da er zu feige zum Justiz war.“ Kriminalpolizeirat Gennat-Berlin hatte seinerzeit die Oberleitung der Ermittlungen und hatte Erich und Willi Schmidt vernommen. Der gewählte Kriminalrat war sehr erstaunt, als es später hieß, daß Erich geisteskrank sei. Nichts ließ bei seinen Vernehmungen darauf schließen, daß es sich um einen Geisteskranken handle. Im Gegenteil, seine Verteidigung war äußerst sachgemäß.

Am Nachmittag des Freitags beschloß das Gericht, Sonnabend vormittag um 11 Uhr den Hauptbelastungszeugen Erich Schmidt in der Irrenanstalt in Görden zu vernehmen. Etwa 35 Prozeßbeteiligte und die Presse werden sich in zwei Wagen nach Görden begeben.

Die „Rote Fahne“ verleumdet. Und vergleicht sich schließlich kleinlaut.

Es hat immerhin etwas Verhältnisses an sich, wenn Menschen ihren Irrtum einsehen und die Konsequenzen daraus ziehen. Noch besser ist es natürlich, wenn eine Zeitung, die ernst genommen werden will und sich Arbeiterblatt nennt, sich zuerst von der Richtigkeit der ihr gemachten Information überzeugt und erst dann scharf vom Leder zieht. Insbesondere wenn es sich um Verleumdungen gegen Arbeiterorganisationen handelt.

Diesmal war es der Arbeiterfamariter-Bund, der es der „Roten Fahne“ angetan hatte. In einer Notiz, überschrieben „Der geschäftstüchtige Arbeiterfamariter-Bund“ hatte die „Rote Fahne“ in ihrer Nummer vom 15. Juli der Berliner Kolonnenleitung „Kapitalistische Geschäftstüchtigkeit“ vorgeworfen. Es hieß da, daß sie bei dem Schiedsverfahren gegen ausgeschlossener Mitglieder Gebühren erbeute, die dreifach und vierfach die Unkosten decken. Auch vom „glatten Schwindel“ war da die Rede und von dergleichen mehr.

Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte war der frühere Redakteur Steinicke, der verantwortlich für den Artikel einzustehen hatte, nicht erschienen; in seiner Vertretung als Rechtsanwalt Dr. Bönenhoff. Sämtliche Mitglieder der Berliner Kolonnenleitung wohnten der Gerichtsverhandlung als Nebenkläger bei und waren vom Justizrat Dr. Cohn vertreten. Der Vorsitzende schlug einen Vergleich vor und Rechtsanwalt Dr. Bönenhoff, der es gar nicht verlor, einen Beweismittelbeweis zu führen, da ein solcher von vornherein aussichtslos war, ging auf folgenden Vergleich ein. Der Beklagte erklärte:

„Ich habe mich nach Rücksprache vor dem Richter und nach Vorlage der Belege davon überzeugt, daß dem Vorstand des Arbeiterfamariter-Bundes E. A. der irrlichlich in der „Roten Fahne“ angebotene Vorwurf nicht gemacht werden kann. Ich bedauere die Schärfe der Form desselben und daß er über die Maße dessen hinausgegangen ist, was zur Wahrung der Interessen, die lediglich beabsichtigt waren, erforderlich war. Ich übernehme die Gerichtskosten und zahle zur Abgeltung familiärer außergerichtlicher Kosten ... 200 Mark.“

Raubüberfall auf eine Kontoristin.

Im Hause ihrer Firma in der Eichhornstraße 4 wurde gestern nachmittag die 25 Jahre alte Kontoristin Eriska Schumann aus der Schiffschen Straße angefallen und ihrer Aktentasche beraubt. Das Mädchen hatte den Auftrag gehabt, vom Postamt Geld abzuheben und tat die 350 M. in ihre Aktentasche. Untermwegs bemerkte sie, daß sie von einem jungen Burischen verfolgt wurde und eilte nach Hause. Der Verfolger holte sie aber am Hausflur ein, verfehrte ihr einen Stoß und entriß ihr die Tasche. Auf ihrer Hülfsruf nahmen Passanten alsbald die Verfolgung auf, stellten den Räuber nach kurzer Jagd, der jetzt seine Beute wieder herausgab. Auf dem 29. Polizeirevier wurde er als ein 18 Jahre alter Gustav A. festgenommen, der arbeitslos ist und behauptet, den Raub aus Rache verübt zu haben. Er wurde dem Raubdezernat eingeliefert.

Goldat Suhren.

Roman von Georg von der Bring.

Copyright 1927 by J. M. Eppele Verlag, Berlin.

Dies Zeit mag vergangen sein. Ein Licht glänzt zur Seite, Pferde schnaufen dort, und eine Ziehharmonika klingt so spät in der Nacht. Die Lüne ersterben. Ich sehe jetzt den Umriß des Vordermannes. Der Wald wird dünner, der Wald endigt. Der Weg schimmert grau, und nun ist der volle Himmel vor meinem Gesicht, ohne Sterne, neblig und ebenfalls grau wie die Erde. Die Kolonne hält und wirft sich auf den grauen Weg.

Der Vordermann entpuppt sich als Albering. Sein wachsbleiches Gesicht ruht auf dem Tornister. Unter seiner Nase ist jetzt eine Zigarre, dann fällt sein Kopf zurück, und er schläft. Ich nehme ihm die Zigarre behutjam aus dem Munde und rauche weiter, und der Rauch zieht in Wölkchen über den stummen grauen Weg.

Neben mir lacht jemand ganz leise. Das ist Lurischdam, der Löffschüttelnd die Spitze seines Heimes betrachtet.

„Wie ein Säuger.“ flüstert er.

Ich will nicht wissen, was er meint, muß auch die Zigarre hüten.

„Wie ein Baby sein Säuger“, flüstert der Kamerad vor sich hin, schweigt, neigt sein Gesicht und sinkt mit der Brille ins nasse Gras.

Brennende Mühlen.

Unerlöses Dunkel umgibt mein Gesicht. Jede leise Stimme, die aufklingt, ist mir fremd.

Wo ist Albering? Wo Kees? Wo Pfeiffer? — Sie müssen nahe bei mir stehen. Doch ich höre sie nicht, oder ihre Stimmen sind verändert in dieser Nacht nahe der Front.

Ein schlaffer Wind bläst aus dem schwarzen Himmel her gegen meine Stoppeleisen und sprengt Tropfen auf meine Hände. Die Nacht ist vollkommen und Unerrückbar wie ein Fels. Auch ich stehe wie ein solcher, mit dem Fuß am Kolben meines Gewehres, das in der Pyramide lehnt.

In einer Stunde werden wir im Schützengraben sein. Nach einer Stunde Marsch durch die Wollenslandschaft über das schwarze Land, dann erfüllen sich viele Träume. Schon kopft das Blut in meinen Adern schneller und kühlt. Wer auf dem Wege ist, der muß ans Ziel.

Die Zeit geht hin, wir warten wohl auf einen Befehl — es herrscht immer Mangel an Befehlen.

Neben mir wird ein Gespräch laut, eine klagende Stimme sagt:

„Immer wieder muß ich von neuem damit loslatzen!“

„Auf deinen Elbkähnen?“ summt eine freundliche Bahstimme.

„Ja — jeden Tag laufe ich zu ihm und bettle: mach' sie mir fertig! — Du mußt sie mal genau ansehen: vorn rennt es raus — hinten rennt es rein, nämlich wenn es regnet.“

„Das gibt's.“ summt der Kessel.

„Aber — kann ich heren, schnauzt mich der Kerl an, komm morgen wieder! — So tagen, tagans. Das ist doch widerlich!“

„Mußt ihm Geld geben.“

„Geld geben? — Woher soll ich das nehmen, Lohgerber? — Sag doch selbst, wenn ich nun mal ein starker Zigarettenraucher bin!“

Lohgerber aber spuckt aus und meint:

„Er ist — was er ist, und bleibt — was er bleibt.“

Ich denke: Lohgerber und sein Freund haben sich gefunden, der eine saßt vielleicht des anderen Koppelschloß, damit sie zusammenbleiben in dieser Finsternis, die sogar den Klang der Stimmen verändert. In bezug auf den Schuster aber sind sie uneliniq und verstummen. Ein schweres Schweigen bannet alle unsichtbaren Soldaten, die in Fühlung mit ihrem Gewehr stehen.

Ich höre Tropfen auf einen Zweig schlagen, nahe hinter meiner Schulter. Die klagende Stimme vor mir fährt fort:

„Es wird regnen, und dann schwappt es mir bis an die Lnie.“

„Es näht ja schon.“ brodelte der Baß, fällt wieder in Summen und singt:

„Dies ist eine ruhige Front. Aber das günstigste Abwetter ist Nässe.“

„Sieh mal den vielen Draht über uns — hier muß irgendwas in der Nähe sein.“ flüstert der erste mit veränderter Stimme, die sich weit und erregt, fast lustig klingt — vielleicht ist es auch ein dritter, der spricht — „meinst du nicht, daß etwas in der Nähe sein muß?“

Der Kessel tutet:

„Mühle.“

„Wo ist die Mühle, du?“

„Hier bei den Bäumen.“

„Wo sind denn Bäume, Mensch?“

„Maulwurf!“

„Ich sehe sie wirklich nicht!“

„An meiner Hand entlang sehen.“

„Ich sehe deine Hand nicht, laß mich deinen Arm fühlen —“ die Stimme wird wieder leidooll und jammert:

„Das ist doch gar nicht dein Arm! — Weßen Arm ist denn das?! — So jag' doch etwas, Lohgerber!“

Doch Lohgerber lacht:

„Seh dir 'ne pfundlederne Brille auf, Karichen.“

In bezug auf die Mühle sind sich die beiden nicht einig. Sie schweigen. Ich höre den Wind in Bäume fallen, die über unseren Helmen sind.

Dem zweiten Zug da vorn mag die Zeit zu lang geworden sein. Sie zünden sich Zigaretten an, und man sieht einen Augenblick mehrere beleuchtete Gesichter. Weil die Front nicht fern ist, halten sie die Zigaretten in der hohlen Hand.

„Rauchen tun sie wie Asphalteimer, die vom zweiten.“ beginnt wieder die Bahstimme. Karichen erklärt:

„Wenn sie das Geld dazu haben, verdenke ich es ihnen durchaus nicht. Es sind manche Kapitalisten darunter.“

„Bis der Panje aufmußt, und wir etwas Hartes in die Presse kriegen.“ lurt Lohgerber, der volle Kessel.

Darauf herrscht wieder Schweigen. Ueber das Rauchen besteht größte Uneinigkeit, denn Lohgerber priemt, das leuchtet nicht. Er zischt, als habe er seinen Bah verschluckt:

„Artschlöcher sind die vom zweiten, das sieht man im Dunkel.“

Bei nächtlichen Märschen sollte nicht gesprochen werden, es kommt nichts als Jank dabei heraus.

Endlich ist ein Befehl da. Es heißt: „Geweht in die Hand!“ und weiter geht es, Mann hinter Mann. Wir durchqueren einen Obstgarten, überschreiten einen schmalen Gartenweg und ersichsen aufatmend eine Straße, die das letzte Tageslicht aufgesogen zu haben scheint, und die mitten hinein führt in das schwarze Land. Nach rechts hinüber steigen in Abständen von Minuten Leuchtkegel auf. Sie schweben lautlos und sanft empor. Beleuchtet ein Stück Ebene grell und ein Stück Wolke matt und finstern wieder. Es ist, als spielte dort eine unsichtbare Hand ein geruchloses Spiel mit Lichtern, abwechselnd mit weißblauen und weißgelben, die anmutig aufzulegen, einen Augenblick großleuchtend stehen, um dann ins Land wie in Samt zu versinken.

(Fortsetzung folgt.)

Kämpfe in der Photoindustrie.

Bekommen wir auch eine monopolistische Photowirtschaft?

Vor einigen Monaten wurde in Berlin in der Leipziger Straße das erste deutsche Verkaufsgeschäft der amerikanischen Kodak-Gesellschaft eröffnet; man sprach davon, daß dieser Konzern die Absicht habe, in Deutschland nicht weniger als 240 Verkaufsgeschäfte einzurichten. Es erhob sich ein Protest der deutschen Photohändler, die in diesem direkten Absatz durch eine große Produktionsfirma sich schwer geschädigt fühlen. Dieser Vorgang wirft ein Licht auf die sich seit einiger Zeit in der photographischen Industrie vorbereitenden Neugruppierungen, die einen internationalen Charakter haben und im Laufe der Zeit von großer Bedeutung werden können. Abgesehen von solchen Versuchen, unter Ausschaltung des Handels photographische Apparate und Bedarfsartikel unmittelbar an die Kunden abzugeben, schließen sich in Deutschland und in anderen Ländern die wichtigsten Produzenten zusammen, und es sind insbesondere zwei Gruppen, die eine außergewöhnliche Expansionslust zeigen:

von amerikanischer Seite die Kodak-Gesellschaft, von deutscher Seite der J. G. Farben-Truſt

Die Herstellung photographischer Artikel gehört teils zur optischen und feinmechanischen Industrie, teils — soweit es sich um photographische Platten, Filme, Papiere usw. handelt — zur photographischen Industrie, einem Industriezweig, an dem verschiedentlich auch das große chemische Kapital interessiert ist. Vor dem Kriege galt die photographische Industrie in Deutschland als besonders hochentwickelt, und rund 60 Prozent der damaligen Produktion gingen ins Ausland. Auch heute ist der Anteil der Ausfuhr kaum viel geringer als damals. Jedoch scheint die Zeit, wo eine ganze Anzahl selbständiger Unternehmen in freier Konkurrenz nebeneinander arbeiten, allmählich aufzuhören.

Eine besondere Rolle innerhalb dieses Industriezweiges spielt die Rohfilmherstellung, die sich entsprechend dem wachsenden Bedarf der Spielfilmindustrie gegenüber der Vorkriegszeit stark vermehrt hat. Hier ist, ebenso wie bei der Herstellung photographischer Apparate, die Eastman Kodak Co. die größte Produzentin der Erde. Auf diese Gesellschaft einschließlich ihrer Tochtergesellschaften in anderen Ländern entfällt mehr als die Hälfte der Weltproduktion, etwa 500 bis 600 Millionen Meter Rohfilm.

Die nächstgrößte Gruppe ist die J. G. Farbenindustrie einschließlich der mit ihr in den Vereinigten Staaten zusammenarbeitenden Agfa Ansco-Gruppe; ihre Gesamtproduktion wird, nachdem in den Vereinigten Staaten ein neuer Großbetrieb eröffnet worden ist, insgesamt mindestens 200 Millionen Meter betragen. Auf alle übrigen Produzenten der Erde entfallen zusammen höchstens 150 bis 200 Millionen Meter. Wie aus diesen Ziffern hervorgeht, ist die Vorherrschaft der beiden hauptsächlichsten Großproduzenten sehr stark.

Die Eastman Kodak Co.

Die mit etwa 27 Millionen Dollar (120 Millionen Mark) Aktienkapital arbeitende, besitzt nicht nur in den Vereinigten Staaten (Fabrikationsunternehmen, sondern auch in Kanada (Toronto), in Australien (Melbourne), in England (London), in Japan (Osaka). Verschiedentlich bestehen spezielle Abgabegesellschaften, so für Argentinien, Brasilien und Mexiko. Von besonderer Bedeutung ist in den letzten Jahren das Uebergreifen dieses amerikanischen Konzerns auf den europäischen Kontinent. In Deutschland wurde die Kodak A.G. gegründet, deren Kapital in rascher Folge von 1 auf 10 Millionen Mark erhöht wurde. Es fanden Verhandlungen mit der zweitgrößten deutschen Gruppe, dem Zeiß-Ikon-Konzern, statt, die aber offenbar zu keinem Ergebnis führten. Jedoch übernahm die Kodak A.G. die Glasfilm A.G. in Röhren, die über eine moderne und leistungsfähige Anlage zur Rohfilmherstellung verfügt. In Frankreich hat sie ebenfalls Fuß gefaßt, indem sie der Pathé-Gruppe die Produktionsinteressen auf dem Rohfilmgebiet abkaufte.

Die J. G. Farbenindustrie (Abteilung Agfa)

hat diese Offenstube der Kodak-Gesellschaft mit wichtigen Gegenmaßnahmen beantwortet. Sie vergrößerte ihre Produktionsinteressen durch den Kauf der Signale Film G. m. b. H. (Roh-

filmherstellung), übernahm in München die Kamerafabrik A. H. Niehsel G. m. b. H. sowie vor kurzem das Münchener Fabrikgebäude der Firma W. Sedelbauer, wo in großem Umfang Massenfabrikation billiger photographischer Apparate stattfinden soll. Von ganz besonderer Bedeutung war jedoch, wohl zur Sicherung ihres beträchtlichen Rohfilmabfahes auf dem amerikanischen Markt, die Aufnahme von Produktionsinteressen in den Vereinigten Staaten. Vor einigen Monaten wurde die Betriebsabteilung der Agfa in New York mit einer amerikanischen Produktionsfirma, der Ansco Photoproducts Inc., zu einer neuen Gesellschaft unter dem Namen Agfa Ansco Photoproducts Co. mit einem Kapital von 7 Millionen Dollar verschmolzen. Die Leistungsfähigkeit der Ansco betrug bei der Uebernahme etwa 45 Millionen Meter Rohfilm jährlich, nunmehr geht ein neuer Betrieb mit einer Leistungsfähigkeit von ebenfalls 45 Millionen Metern seiner Vollendung entgegen. Außerdem stellt das Unternehmen auch andere photographische Materialien, auch Photoapparate, her, verfügt über eine Stoffstoffanlage und hat Verkaufsorganisationen in verschiedenen amerikanischen Städten, u. a. auch in Hollywood, dem Zentrum der amerikanischen Spielfilmindustrie.

In Deutschland spielt neben dem J. G. Farben-Truſt der Zeiß-Ikon-Konzern eine große Rolle.

ein Konzern, an dem die Firma Zeiß-Jena stark beteiligt ist und der die größten deutschen Kameraproduzenten umfaßt, nämlich die Firmen Ica, Ernemann, Goetz und Contesse-Katel. Dieser Zusammenschluß erlaubt eine scharfe Rationalisierung, Verminderung der Kameratypen, Verkleinerung der Belegschärfen usw. Das Aktienkapital dieses Dresdener Konzerns beträgt jetzt 15 Millionen Mark, nachdem das Kapital einer weiteren Firma, der A. G. Hahn für Optik und Mechanik in Kassel, übernommen wurde. Aus dem Geschäftsbericht der Zeiß-Ikon A.G. geht eine Steigerung des Umsatzes auf russischen Gebieten hervor; u. a. werden gegenwärtig im Monatsdurchschnitt 600 Kinoapparate hergestellt. Trotz der Konzentrierung eines erheblichen Teils der deutschen Kameraproduktion durch die J. G. Farben und Zeiß-Ikon gibt es in Deutschland noch rund 50 meist kleine Kamerafabriken. Im allgemeinen scheint bisher der Vorstoß der Kodak-Gruppe für die deutsche Industrie nicht sehr gefährlich gewesen zu sein, denn die Außenhandelsstatistik zeigt einerseits einen Rückgang der Einfuhr photographischer Apparate, andererseits eine Steigerung der Ausfuhr, insbesondere nach einigen europäischen Ländern wie Österreich und der Schweiz.

Neue Produktionen.

In der letzten Zeit werden von der Photoindustrie eine Anzahl Neuerungen auf den Markt gebracht, von denen die Unternehmen sich gute Erfolge versprechen, so z. B. Schmalformatapparate für den Amateurgebrauch (d. h. für Liebhaberphotographen, nicht für die Berufskinetographie). Eine weitere Neuerung ist die Herstellung farbiger Photographien. Nachdem die Versuche hierzu schon seit Jahren gemacht worden sind, hat die amerikanische Kodak-Gesellschaft in ihrer Stammfabrik in Rochester die Produktion nach dem Kellor-Dorian-Verfahren aufgenommen, und es ist beabsichtigt, diese Produktion später auch in den ausländischen Untergesellschaften einzurichten.

Vor einigen Monaten wurde außerdem von englischem Kapital in London eine Gesellschaft gegründet, die ein Patent auswertet, wonach es mit Hilfe besonderer Filme möglich sein soll, mit jedem beliebigen Photoapparat farbige Aufnahmen zu machen.

Von erheblicher Bedeutung ist schließlich auch die in der letzten Zeit viel erörterte Herstellung von Photographenautomaten (Photomatoren usw.), doch schädigt diese neue Industrie in erster Linie die Berufsfotographen, nicht aber die Produzenten von Photoapparaten und Photomaterialien.

Nachdem, wie diese Uebersicht zeigt, die Vorherrschaft in der photographischen Industrie bei einigen wenigen Großproduzenten konzentriert ist, wird sich zweifellos die Zusammenschluß- und Expansionsbewegung noch weiter fortsetzen, und die Bildung monopolistischer Organisationen auch auf diesem Produktionsgebiet liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit.

Asbestzement = gutes Geschäft.

Vor einer internationalen Gründung.

Der Ostdeutsche Zementtrüſt, die Schlesiſche Zementindustrie A. G., war im Laufe des letzten halben Jahres bemerkenswert aktiv. Dieser dem Ostwertkonzern gehörende Trüſt hatte erst im Juli sein Einflußgebiet bis nach Mitteldeutschland ausgedehnt und dabei rund 25 Proz. der deutschen Zementfabrikation erlangt.

Jetzt hat das Unternehmen mit der polnischen Zementgruppe Pilsen Beziehungen durch Aktienaustausch angeknüpft. Was daraus folgt, ist noch unklar. Jedenfalls ist die Gesellschaft durch diesen Aktienaustausch in nähere Beziehungen zu der polnischen und damit auch zu dem in der polnischen Zementindustrie stark vertretenen belgischen Finanzkapital getreten.

Ziel wichtiger ist die Neugründung einer Asbest-Zementfabrik unter Mitwirkung des Ostwertkonzerns und ausländischer, besonders englischer und italienischer Industriegruppen. Diese Neugründung ist von Bedeutung, weil die Asbest-Zementproduktion, die besonders in Italien schon in großem Umfang betrieben wird, in Deutschland bisher stark vernachlässigt wurde, obwohl für Asbestzement große und wirtschaftliche Verwendungsmöglichkeiten in der Bau- und Installationsindustrie bestehen.

Stettins Industrie verfaßt.

Die Stadt soll helfen.

Die Stadt Stettin, deren Wirtschaft- und Arbeitsmarktlage sich durch den kürzlich vollzogenen Abbruch der Vulkanwerke sehr schon vorhat ein heißes Koksofenunternehmen in Stettin, die Nähmaschinen- und Fahrradwerke Bernhard Stöwer

A. G., jetzt den Antrag gestellt, von ihrer 1200 Mann starken Belegschaft 1000 Arbeiter sofort, also ohne Innehaltung der gesetzlichen Sperrfrist von vier Wochen, zu entlassen. Dieſem Antrag hat der Regierungspräsident nicht entsprochen. Er hat nur die Entlassung von 300 Arbeitern, die dem üblichen Saisonumschwung in dieser Industrie entsprechen würde, gestattet und die Entlassung der übrigen 700 Arbeiter erst nach Ablauf der gesetzlich vorgesehenen einmonatigen Sperrfrist genehmigt.

Angeſichts der äußerst schwierigen Lage, die für die Stadt Stettin aus einem weiteren Verlassen der dortigen Großbetriebe entsteht, wurde in der gestrigen Magistratsſitzung beſchloſſen, eine Kommission einzusetzen, die über Maßnahmen zur Stützung der Stöwer-Werke beraten soll.

Bremen als Kalihafen.

Eine neue Kalii-Exportanlage in der Weserstadt.

Der deutsche Kalieport hat in den letzten Jahren eine bedeutende Ausdehnung genommen. Während sich die Ausfuhr über die deutschen Seehäfen 1926 noch auf nur 800 000 Tonnen belief, wurde 1927 die Millionengrenze bereits fast erreicht, und nach den bisherigen Exportergebnissen im laufenden Jahr dürfte die Millionengrenze bei weitem überschritten sein.

Der größte Abnehmer sind nun über die Vereinigten Staaten gewesen, die von der gesamten Seerausfuhr mehr als die Hälfte aufnehmen. Da die wichtigsten Kalieexportmärkte zwischen Chile und Weser sich durch Erschließung besonders ertragreicher Bodenden nach dem Wesergebiet zu verſchieben haben, gewonnen die Weserhäfen dementsprechend steigende Bedeutung für die Kaliausfuhr über See.

Die engen Interessen Bremens als Exporthafen und des deutschen Kalihandels als Großexporteur führten im Anfang vorigen Jahres zu einem Vertrag, demzufolge Bremen am 1. Ja-

nuar 1929 ein Kalieexportlager mit den nötigen Transportanlagen fertigstellt, das vom Kalihandelskartell pachtweise auf 30 Jahre übernommen wird. Der Bau, dessen Kosten etwa 6 Millionen Mark betragen, war schon Ende d. J. so weit fortgeschritten, daß das Kalihandelskartell ihn bereits am 1. Dezember übernehmen konnte. Die Leistungsfähigkeit der Gesamtanlage, die in ihren Ausmaßen etwa der vor wenig Monaten eröffneten Hamburger Anlage entspricht, erreicht bei der Verſchiffung bis zu 5000 Tonnen Tagesleistung, verteilt auf zwei Seeschiffe.

Sie konnten zusammen nicht kommen...

Keine Einigung zwischen Hapag und Lloyd.

Die vor mehreren Monaten angebahnten Verhandlungen zwischen den beiden größten deutschen Schiffahrtsunternehmen, der Hamburger „Hapag“ und dem Bremer „Lloyd“, die auf eine Inverſengemeinſchaft abzielten, sind jetzt endgültig abgebrochen worden.

Die Ursache dieses Mißerfolges in den Einigungsverhandlungen ist in der Forderung der Hapag zu suchen, die aus Prestige-Gründen einen der beiden modernen Riesendampfer, die der Lloyd im letzten Jahr für sich hat bauen lassen, unter allen Umständen übernehmen wollte. Da schon nach den letzten Verhandlungen des Generaldirektors Sillmaring vom Norddeutschen Lloyd diese Forderung für die Bremer Gesellschaft undiskutabel war, konnte die Erfolglosigkeit der Verhandlungen schon lange vorausgesagt werden.

Bemerkenswert ist, daß der Leiter der Hapag, Herr Cunow, anfänglich eines Stapellaufes auf der Schichauwerft eine Rede hielt, in der zwar die Enttäuschung über den Mißerfolg der Hapag deutlich zum Ausdruck kam, jedoch jede Spitze gegen den großen Bremer Konkurrenten vermieden wurde. Die weitere Entwicklung wird zeigen, inwieweit sich Herr Cunow Worte über den zukünftigen „freundschaftlichen Wettbewerb“ zwischen den Hamburger und Bremer Großreedereien bewahrt werden.

Erste Bilanz nach der Verschmelzung. Die im vorigen Jahr nach Zusammenſchluß der drei westdeutschen Waggonwerke von der Thyssen u. Co., Düsseldorf, Eisenbahnbedarf und der Külling u. Sohn in Hagen gegründete Vereinigte Westdeutsche Waggonfabriken A. G. in Köln erklärt in ihrem ersten Siebenmonatsabſchluß zum 30. Juni 1928 eine Dividende von 4 Proz. Das entspricht einer Jahresdividende von etwa 7 Proz. Dieses für die Waggonindustrie lächerliche Ergebnis ist erzielt worden, obwohl sich im Laufe des Berichtsjahres der Zusammenschluß noch nicht besonders auswirken konnte. Nach dem Geschäftsbericht sind einschneidende Maßnahmen im Gange, um die Wirtschaftlichkeit der Betriebe zu erhöhen. Wie der Umsatz von rund 20,4 Millionen, der einem Jahresumsatz von etwa 34 Millionen bei 11 Millionen Mark Kapital entsprechen würde, bemerkt, waren die Werte der Gesellschaft noch zufriedenstellend beſchäftigt. Zu gleicher Zeit veröffentlicht die H. Fuchs Waggonfabrik in Heidelberg ihren Abſchluß für das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr. Das Unternehmen, das in den letzten drei Jahren Millionenerverluste erlitten hatte, und 1926 aus Sanierungsgründen einen scharfen Einschnitt in das Aktienkapital vornehmen mußte, schließt auch das letzte Jahr wieder mit einem Verlust von rund 167 000 Mark ab.

Vorläufige Tagung der Internationalen Rohstoffgemeinschaft. Auf der jetzt abgehaltenen Konferenz der Internationalen Rohstoffgemeinschaft in Paris wurde beſchloſſen, für das erste Vierteljahr 1929 das diesjährige Produktionsprogramm beizubehalten. Die von den deutschen Mitgliedern angeregte Frage, den durch die Ausſperrung an der Ruhr im letzten Vierteljahr nicht ausgenügte Anteil der deutschen Quoten den deutschen Mitgliedern für das erste Quartal des kommenden Jahres anzurechnen, wurden noch nicht geklärt. Die Entscheidung wurde einer besonderen Kommission überwiesen, doch ist die Annahme berechtigt, daß den deutschen Wünschen Rechnung getragen wird und die Ruhrherrschaft für den Produktionsausfall voll entschädigt werden. — Die französischen Mitglieder des Kartells, welche die Entwicklung der internationalen Eisenmarktverhältnisse sehr optimistisch beurteilten, hatten den Antrag gestellt, die Gesamtmenge im Produktionsprogramm um 1 Million Tonnen zu erhöhen. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die deutsche Rohstoffgewinnung im November. Wie die Zeitschrift „Stahl und Eisen“ bekannt gibt, betrug die deutsche Rohstoffgewinnung im November, die im Zeichen der Ruhr-ausſperrung stand, 267 470 Tonnen gegen 1 015 517 Tonnen im Oktober d. J. Die Leistung der deutschen Hochofeneinrichtungen infolge der Ausſperrung der nordwestlichen Unternehmerrgruppe um 73,7 Proz. gegenüber dem Vormonat zurück. Die durchschnittliche arbeitsmäßige Hochofenproduktion belief sich auf 8916 gegen 32 789 Tonnen im Oktober.

Großes Geschäft bei Adolf Sommerfeld. Die Allgemeine Häuserbau A. G. von Adolf Sommerfeld, die erst kürzlich im Auftrag der Gaglioli 750 Wohnungen für Penna-Angeſtelle am Bahnhof Werleburg fertiggestellt hatte, hat vom Landkreis Werleburg einen weiteren Großauftrag auf 1000 Wohnungen, gleichfalls für Penna-Angeſtelle, erhalten. Die vorgegebene Bauſumme beträgt rund 11 Millionen Mark. Bei diesen Bauten wird die Spezial-Schüttmauerwerk-System Sommerfeld-Jöllinger angewandt, die nächsten auch für Berliner Großbauten Verwendung finden wird. Die Arbeiten an der Schnellbahnstraße Dahlen (Thiepſloß)-Zehlendorf sind so weit fortgeschritten, daß die neue Strecke im kommenden Herbst in Betrieb genommen werden kann. Der Umfang im laufenden Jahr hat 15 Millionen Mark betragen, so daß mindestens die Vorjahresdividende von 10 Proz. auch für 1928 gezahlt werden dürfte.

Auch die englische Automobilindustrie hat Sorgen. Nach amtlichen Ziffern ist der Automobilverbrauch in England 1924/27 zwar von 474 000 auf 787 000 gestiegen. Es kommen auch heute von der englischen Bevölkerung nur mehr 55,9 Personen auf ein Auto gegenüber 92 Personen im Jahre 1924. Aber die jährliche Zunahme des Autodrehs nimmt ab. Während der Automobilwachstums 1924 noch 23,5 Proz. betrug, ist er bis 1927 ständig abgefallen bis auf 15 Proz. Doch Henry Ford jetzt in England montieren kann, produzieren mit, und zwar jährlich 300 000 Wagen, die natürlich auch für den europäischen Kontinent bestimmt sind, beunruhigt die Engländer sehr. Die „Financial News“, die über diese Dinge berichtet, schließt ihre Bemerkung mit einer nicht sehr optimistischen Feststellung. Unter den obwaltenden Umständen, so sagt sie, gibt es für die meisten englischen Automobilgesellschaften nur die Alternative: Verschmelzung oder Verzicht.

Oesterreich erhöht Zuckereff und Zuckerverbrauch. Der österreichische Nationalrat hat den vorliegenden Antrag der Regierung auf Erhöhung des Zuckereffs in zweiter und dritter Lesung angenommen. Der Zuckereff wird damit in Oesterreich um 6 Goldkronen heraufgehoben, und bis zum Inkrafttreten des neuen Zollgesetzes, das erst nach Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Einfuhrländern erfolgen kann, wird auch die Zuckereffsteuer in entsprechendem Ausmaß erhöht. Die hieraus resultierenden Mehrerträge sollen zur Förderung des einheimischen Ackerbaus Verwendung finden.

Verabschiedung der Zuckervorlage.

Sozialdemokratische Erklärung im Reichstag.

Der Reichstag verabschiedete gestern zunächst das Übereinkommen über die Schiedsverträge mit den USA., den Vertrag mit der tschechoslowakischen Republik über die Grenzüberwachung, das Handelsabkommen mit der Republik China und das Handelsabkommen mit der Südafrikanischen Union. Der Handelsvertrag mit Panama wurde in zweiter Lesung angenommen.

In dritter Beratung wird das Gesetz über die Aussetzung der Grunderwerbssteuer der Kirche (Besteuerung der toten Hand) gegen die Stimmen der Kommunisten verabschiedet.

Es folgt die Abstimmung über das Gesetz betr. Fürsorge für Saisonarbeitslose. Es wird unter Ablehnung der Änderungsanträge in der Ausschussfassung angenommen. Die Schlussabstimmung wird auf Antrag der Kommunisten namentlich vorgenommen und auf eine Stunde zurückgesetzt.

Die Ausschüsse für besetzte Gebiete und Reichshaushalt beantragen.

„Die Reichsregierung zu ersuchen, die bisher gezahlten monatlichen Reichsbeiträge an die Sozialrentner, die von einem Versicherungsträger des Saargebiets Rente beziehen und außerhalb des Saargebiets im Reichsgebiet wohnen, angemessen zu erhöhen.“

Abg. Stöhr (Natf.) behauptet, daß hier ungeheure Schamperel und Korruption bestehe, gegen die ein Untersuchungsausschuß notwendig wäre.

Abg. Schred-Baden (Komm.) erwidert mit der Bezeichnung der Nationalsozialisten als Hilfsarmee des Großkapitals. Der Hauptauschuß habe Geld für Domestaurierungen bewilligt, aber Hilfe für Sozialrentner und Kriegsoffer abgelehnt. Der Ausschussantrag wird angenommen.

Die Erhöhung des Zuckersolls.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über die Erhöhung des Zuckersolls.

In der Ausschussfassung ist dem Gesetzentwurf auf sozialdemokratischen Antrag hinzugefügt, daß der Reichsfinanzminister den erhöhten Zoll um 10 M. wieder herabsetzen kann, auch wenn der Magdeburger Zuckerpriß 21 M. nicht übersteigt, sofern tatsächlich ein wesentlicher Teil der für den Inlandsverbrauch benötigten Zuckermengen von den Fabriken hat zu Preisen beschafft werden müssen, die unter Berücksichtigung der Fracht über 21 M. liegen. Der Ausschuß hat die Geltungsdauer des Gesetzes bis Ende 1931 befristet, so daß am Jahresbeginn 1932 wieder der alte Zuckersoll in Kraft tritt.

Reichsernährungsminister Dr. Dietrich: Bei der Einbringung dieses Gesetzentwurfs war für die Reichsregierung neben dem Schutz der inländischen Produktion der Schutz der Verbraucher maßgebend. Dementsprechend werden wir die Preisentwicklung aufmerksam verfolgen und gegebenenfalls von der uns erteilten Vollmacht Gebrauch machen.

Abg. Krähig (Soz.):

Unser Versuch, die Erhöhung des Zuckersolls zu verhindern, hat nicht Erfolg gehabt. Ein Mißbrauch der Erhöhung zum Nachteil der Verbraucher darf aber nicht eintreten. Wir Sozialdemokraten sind durchaus nicht Gegner des Schutzes der inländischen Erzeugung, wie unser Agrarprogramm beweist. Wir sind aber Gegner des Mißbrauchs des Erzeugerschutzes. In dieser Vorlage wird zum erstenmal der Versuch unternommen, einen solchen Mißbrauch zu verhindern. Deshalb nehmen wir zu ihr eine andere Haltung ein, als gegen frühere Zollerhöhungen, die eine Garantie gegen Mißbrauch zum Nachteil der inländischen Verbraucher nicht enthalten haben. Es ist unbestreitbar, daß ausländisches Kapital versucht, sehr wichtige Zweige unseres Wirtschaftslebens zu schädigen. Wir haben das größte Interesse daran, daß das nicht geschieht.

Die Kommunisten verweisen wir auf die russische Wirtschaftspolitik, die z. B. einen Zuckersoll von 59,40 Mark vorsieht. (Lebhaftes Hört, hört!)

Danach sind die Kommunisten gewiß nicht berechtigt, gegen diese Vorlage und gegen uns aufzutreten. Wir wissen sehr wohl, daß mit der Zuckerindustrie auch die gesamte Landwirtschaft gefährdet werden würde, da Zuckerrüben eine wichtige Vorfrucht für Weizen sind. Im Jahre 1926 hatten wir eine Einfuhr von Lebensmitteln, die wir auch im Inland erzeugen können, in Höhe von 1 1/2 Milliarden Mark und 1927 von 2 Milliarden Mark. Wir können unmöglich Zustände einreisen lassen, die in kurzer Zeit uns mehrere 100 bis 150 Millionen Mark aus Ausland zahlen lassen würden. Wir werden also dem Gesetz zustimmen, zumal es im Ausschuß auf unseren Antrag verbessert worden ist. Ich habe im Namen meiner Fraktion folgende Erklärung abzugeben:

„Die Überleitung des deutschen Marktes mit ausländischem Zucker bedroht in gleicher Weise Zuckererzeuger und Zuckerverbraucher. Eine Beseitigung der durch die kapitalistische Anarchie in der Zuckererzeugung entstandenen Schwierigkeiten, die auch im Interesse der Verbraucher liegt, verlangt deshalb die Sozialdemokratie, der Regierungsvorlage in der vorliegenden Fassung die Zustimmung zu geben.“

Zum erstenmal in der Geschichte der deutschen Zollgesetzgebung sieht eine Vorlage neben dem Schutz der Erzeuger eine Sicherung der Verbraucher vor.

und zwar durch die Bestimmung, daß der Zuckersoll von 25 M. unter den gegenwärtigen Zollfuß auf 10 M. herabgesetzt wird, wenn der Großhandelspreis für Verbrauchszucker den Betrag von 21 M. pro Zentner übersteigt.

Die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum Gesetz konnte erfolgen, nachdem ihr Antrag zu § 2 diesen Schutz der Verbraucher noch besonders sichert. Auch die kommunistische Fraktion hat diesem Antrag ihre Zustimmung gegeben.

Eine Ablehnung des vorliegenden Gesetzentwurfs durch die Sozialdemokratie hätte die Gefahr heraufbeschworen, daß ein Gesetz zustande gekommen wäre, das mit Hilfe hohen Zolls unbegrenzte Preissteigerungen auf dem Zuckermarkt hervorgerufen hätte. Durch die im Gesetz vorgesehene Maßnahme der Stabilisierung des Zuckerprißes werden die deutschen Verbraucher vor dieser drohenden schweren Schädigung bewahrt. Aus diesem Grunde stimmen wir der Vorlage zu.“

Abg. Blum (Z.): Der Zuckerrübenbau fängt an, unrentabel zu werden, das beweist schon der Rückgang der Anbaufläche. Auch die Zuckerfabriken haben abgenommen. Gerade die Kleinbetriebe sind im Zuckerrübenbau vorherrschend und haben Interesse daran, daß er ausgebaut wird. Ebenso die Arbeiterschaft. Deshalb muß er gegen die ausländische Konkurrenz, namentlich gegen das tschechoslowakische Dumping geschützt werden. Die Mehrzahl meiner Freunde hätte den Vorschlag des Reichswirtschaftsrats vorgezogen, da ein plötzliches Herunterschneiden des Zolls von 25 auf 10 M. schwere Wirkungen haben kann. Um jedoch eine Majorität zu gewinnen, haben wir uns einverstanden erklärt. Wir behalten uns vor, nach den Ferien auf die Sache zurückzukommen und eventuell Anträge zu stellen, aber wir empfehlen die Annahme der Regierungsvorlage.

Abg. Hörns (Komm.): Der Entwurf bringt nicht, wie der Ernährungsminister behauptet hat, einen Ausgleich der Produzenten- und Konsumenteninteressen, sondern bedeutet eine neue Massenbelastung. Die Sozialdemokratie stellt sich schützend vor das Wucherkapital.

Was in Sowjetrußland geschieht, kann nicht verglichen werden mit dem schmutzigen Ausbeuterstaat Deutschland. (Präsident Lössle mahnt, doch parlamentarische Ausdrücke zu gebrauchen.) Sowjetrußland hat das volle Recht, sich mit wirtschaftlichen Mitteln ebenso zu verteidigen, wie mit politischen und militärischen.

Wir stellen den grundsätzlichen Antrag, daß Zucker zollfrei ins Land kommt.

Abg. Hamkens (D. Sp.): Die zu niedrige Zollfestsetzung für Zucker hat zu diesem überfüllten Gelegenheitsgesetz geführt. Wir stimmen ihm zu, behalten uns aber für später seine Verbesserung vor.

Abg. Stubbendorff (Dnat.): Wir begrüßen mit Genugtuung, daß auch die Sozialdemokraten dem Schutz der Zuckerwirtschaft zustimmen. Sehr bedenklich ist die Verbindung eines Zolls mit der Preisfestsetzung, das ist ein erster Schritt zur gebundenen Wirtschaft, für die eine Mehrheit hier nicht vorhanden ist.

Abg. Lanhen (Dem.): Bedenklich erscheint uns die Festsetzung eines Inlandszuckerprißes ohne Rücksicht auf den Weltmarktpriß und auf die Rubenernte. Die Unhaltbarkeit dieses Versuchs wird sich bald herausstellen.

Nach kurzen Ausführungen der Abgg. Bortmann (SP.) und Gerauer (Bsp.) erklärt

Reichsernährungsminister Dietrich: Mit der Vorlage ist eine Zwangswirtschaft keineswegs beabsichtigt, eher droht eine solche Gefahr von privaten Vereinbarungen. Wir hoffen, daß die Vereinbarungen der Zuckerproduzenten mit der Regierung zusammenarbeiten werden, damit dieses Gesetz durchgeführt werden kann. Die Vorlage soll auch dazu beitragen, die Beteiligten außerhalb des Reiches allmählich zur Vernunft zu bringen, und schließlich durch eine internationale Zuckerkonvention die Mißstände zu beheben.

Nachdem die Abgg. v. Sybel (Chrnat. Bayernsp.), Meyer-Hannover (D. Hann.) und Gomborfer (D. Bayernsp.) erklärt hatten, trotz ihrer Bedenken der Vorlage zuzustimmen, wird ein kommunistischer Antrag, den Zuckersoll aufzuheben, gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt und mit dem gleichen Stimmenverhältnis das Gesetz verabschiedet.

Annahme der Saisonarbeiterfürsorge.

In namentlicher Abstimmung wird nun der Antrag der Demokraten und der Deutschen Volkspartei, an Stelle des Regierungsentwurfs über die Fürsorge für Saisonarbeiter einen anderen Gesetzentwurf anzunehmen, mit 229 gegen 189 bei 5 Enthaltungen abgelehnt, in einfacher Abstimmung wird darauf die Ausschussfassung gegen die Flügelparteien äußerlich links und rechts angenommen. In der wiederum namentlichen Schlussabstimmung wird das Gesetz mit 278 gegen 138 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

Es folgt der kommunistische Antrag, die Reichsregierung zu ersuchen, die am 14. Januar 1929 fällige zweite Hälfte der für die Ablösung der örtlichen Sonderzuschläge an die in Frage kommenden Beamten zu zahlenden Abfindungsbeträge noch vor dem 25. Dezember auszusahlen.

Der Ausschuß beantragt Ablehnung.

Abg. Toegler (Komm.): Obwohl der Antrag nicht eine Mehrbelastung des Reiches bedeutet, sondern nur eine Vorauszahlung um drei bis vier Wochen, hat der Finanzminister im Ausschuß die Durchführung für unmöglich erklärt, während 40 Millionen für den Ankauf der Schickawerke vorhanden sein sollen.

Der Ausschussantrag wird mit knapper Mehrheit angenommen. (Rufe der Komm.: Schickung!)

Entsprechend dem Antrage des Geschäftsordnungsausschusses wird die Genehmigung zur Strafvorfahrung der Abgg. Dr. Frick (Natf.), Tölpelmann (Komm.), Lind (Dnat.), Münzberg (Komm.) und Buchmann (Natf.) wegen Beleidigung oder politischer Vergehen verweigert.

Eine Petition des Fabrikanten Häbenthal in Waldbröl um 100 000 M. Schadenersatz, die trotz mehrfacher Ueberweisung durch den Reichstag an die Regierung bisher nicht berücksichtigt worden ist, wird ihr zur Berücksichtigung überwiesen.

Das Schankstättengesetz geht nach Ausführungen des Abg. Dietrich-Berlin (Komm.) an den Volkswirtschaftlichen Ausschuß. Der Soziale Ausschuß beantragt, einen Antrag der Kommunisten abzulehnen, wonach die Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner sowie alle Fürsorgeberechtigten eine Winterbeihilfe von 30 M. für die Hauptunterstützungsempfänger und 10 M. für jeden Unterhaltsberechtigten, Empfänger von Rentenrente 10 M. erhalten.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.): Die einmalige Spende wäre keine wirkliche Hilfe und würde eine schwere Belastung der notleidenden Reichstasse sein. Die Fürsorgemaßnahmen schaffen in Notfällen den erforderlichen Ausgleich.

Abg. Groß-Dresden (Komm.) sucht die Begründung zu entkräften. Zur Abwehr gemeindlicher Rekrutierungsbeschüsse von Stadtvertretungen haben in jüngster Zeit die Bürgermeister besondere Zweigverbände geschaffen.

Abg. Moldenhauer (SP.) weist auf die sehr hohen finanziellen Kosten einer Durchführung des kommunistischen Antrags hin, die nur durch starke Beitragserhöhung oder durch Beanspruchung von Reichsmitteln aufzubringen wären. Eine Vereinheitlichung

der Sozialversicherung würde Ersparnisse und dadurch einen Ausbau ermöglichen. Gegenüber einem neuen sozialdemokratischen Antrag wollen wir die durchaus bewährte paritätische Verwaltung in der Angestelltenversicherung beibehalten.

Abg. Karsten (Soz.):

Dem kommunistischen Redner gegenüber stelle ich fest, daß die sozialdemokratische Fraktion auch in der Zeit als sie Opposition war, niemals Anträge auf Weihnachtshilfe für Notleidende gestellt hat. (Zurufe der Kommunisten: Winterbeihilfe verlangen wir!) Einmalige Gaben ändern an der Hilfsbedürftigkeit gar nichts und können nicht die Wirksamkeit haben, die man ihnen zuschreibt. Statt einmaliger Unterstüßungen sollte man durch Rentenverbesserung dauernde Wirkung erzielen. Nach dieser Richtung haben wir uns auch in diesem Jahre bemüht, eine Verbesserung der Invalidenversicherung zu erzielen. Wir wollen hier keine Komödie spielen. Wenn sich irgend eine Möglichkeit ergibt, solchen Anträgen Rechnung zu tragen, dann muß beim Wiederauftritt des Reichstages etwas dafür geschehen. Abg. Dr. Moldenhauer hat erklärt, die Wirtschaft könnte eine höhere Beitragserhebung nicht ertragen. Nach unserer Meinung ist die deutsche Wirtschaft verpfändet und in der Lage, dafür zu sorgen, daß die Leute, die ihr Leben lang gearbeitet haben, im Alter und in der Invalidität ein erträgliches Dasein führen. Jede Erhöhung der Invalidenrenten kommt vollständig dem Inlandkonsum zugute, während die Einnahmen der reichen Leute zum großen Teil in ausländischen Bädern verproßt oder für Einfuhrwaren aus dem Ausland verbraucht werden. Wenn den Angestellten das Recht gegeben ist, sich besser gegen Arbeitsunfähigkeit und für ihr Alter und für ihre Hinterbliebenen zu versichern, darf den Arbeitern dieses Recht nicht verweigert werden. Die Arbeiter sind bereit, höhere Beiträge zu zahlen, wenn sie dafür eine vernünftige Versicherung erhalten. Weil heute bei der Invalidenversicherung nicht über ein versicherungsfähiges Einkommen von 36 M. pro Woche hinausgegangen werden kann, schaffen die Arbeiter sich notgedrungen eine Zusatzversicherung in den Gewerkschaften. Allerdings müssen sie da 100 Proz. Beitrag zahlen, während in der Invalidenversicherung die Unternehmer 50 Proz. zahlen müssen. In unserem Antrag, gegen den sich Dr. Moldenhauer gewendet hat, verlangen wir eine maßgebende Mitwirkung der Organe der Selbstverwaltung an der Angestelltenversicherung. Wir wollen dort Demokratie, wir wollen nicht, daß eine Minderheit die maßgebende Rolle spielt und wollen auch nicht, daß die Bürokratie ausschlaggebend ist. Wir wünschen, daß aus den Anträgen möglichst bald etwas Positives wird, damit die Angestellten sehen, daß im Reichstag Leute sitzen, die sich für die Interessen der Versicherten mit aller Kraft einsetzen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Lude (Wirtschp.) erklärt, daß die Wirtschaft, namentlich der Mittelstand, neue Soziallasten nicht tragen könne.

Abg. Stöhr (Natf.) unterstützt das Verlangen nach einer Weihnachtshilfe.

Ein Antrag der in der Regierung vertretenen Parteien mit Ausnahme der Volkspartei will den Reichsarbeitsminister ersuchen, dem Reichstag baldigst das Ergebnis einer Prüfung vorzulegen, ob die folgenden Änderungen in der Angestelltenversicherung möglich sind:

Erhöhung des Grundbetrages und des Rindergeldes, Anpflanzung des Steigerungsbetrages an den Prozentsatz in der Invalidenversicherung.

Herabsetzung der Altersgrenze, Verkürzung der Wartezeit, maßgebende Mitwirkung der Versicherten in den Organen der Selbstverwaltung.

Der kommunistische Antrag wird abgelehnt, der Antrag der Regierungsparteien gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei angenommen.

Um 17 Uhr ist die Sitzung zu Ende. Nächste Sitzung: Sonnabend abend 10 Uhr.

Verfassungsantrag der Volkspartei.

Einstweilen nur Material für die Diskussion.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat den Antrag eingebracht, Artikel 54 der Reichsverfassung dahin zu ändern:

Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages. Bei Beginn der Amtsführung und jeder Wahlperiode ist dieses Vertrauen durch einen Mehrheitsbeschluß des Reichstages festzustellen.

Eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages ist erforderlich, wenn der Reichsregierung oder dem Reichskanzler oder einem der Reichsminister das Vertrauen wieder entzogen werden soll. Es genügt einfache Mehrheit, wenn der Antrag auf Entziehung des Vertrauens in Verbindung mit der Schlussabstimmung der dritten Lesung des ordentlichen Haushalts eingebracht wird.

In Artikel 85 sollen an Stelle der Absätze 4 und 5 folgende Vorschriften treten:

Der Reichstag kann im Entwurf des Haushaltsplanes ohne Zustimmung der Reichsregierung und des Reichsrates Ausgaben nicht erhöhen oder neu einsehen. Der gleichen Zustimmung bedürfen Gesetze und andere Beschlüsse des Reichstages, welche eine Erhöhung der im laufenden Haushaltsgesetz vorgesehenen Ausgaben zur Folge haben.

Ergibt sich im Laufe eines Haushaltsjahres auf Grund der Ergebnisse eines Wirtschaftsjahres, daß die Einnahmen aus Steuern und Zöllen den Voranschlag um mehr als 10 Proz. übersteigen, so sind die Mehreinnahmen bis zu 10 Proz. zur Verminderung des Ansehensbedarfes oder zur Schuldentilgung zu verwenden. Der die Mehreinnahmen um 10 Proz. übersteigende Betrag ist im Laufe des Haushaltsjahres zur Zurückzahlung und bei Aufstellung des folgenden Haushaltsplanes zur Steuererstattung zu verwenden.

Die Zustimmung der Reichsregierung und des Reichsrates kann gemäß den Vorschriften des Artikels 74 erjezt werden.

Diese Grundsätze über die Ausgabenbewilligung sollen sinngemäß auch bei den Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden durchgeführt werden.

Hier wird ein keineswegs glücklicher Versuch unternommen, die Entwicklung des parlamentarischen Systems und der Finanzwirtschaft in starre Formen zu pressen. Er wird auf absehbare Zeit ohne Wirkung bleiben. Und das ist kein Schade. Denn es kommt weniger darauf an, die Verfassung zu ändern, als darauf, sie vernünftig anzuwenden.

Schenk etwa Elektrischer

Der alte Don.

Von Ignat Herrmann.

(Schluß.)

Jetzt sah Don, daß es sich um absolut keinen Scherz handelte. Sein Herr war schon weit, sein Herr ließ ihn hier mit einem fremden Menschen, nahm sich seiner nicht an, und dieser fremde Mensch drohte ihm mit Prügel.

Da bemächtigte sich Dons ein leises Weh, ein Weh, daß er kein Hund gemeint hätte, wenn ein Hund weinen könnte. Sein treues Hundehäufchen kramte sich vor einem bisher unbekannten Schmerz zusammen. Zwar fühlte es Don schon seit einiger Zeit, daß sich sein geliebter Herr nicht gegenüber so betrug, wie es einst der Fall war, aber vielleicht noch niemals hatte er zu ihm so mürrisch gesprochen wie heute, und noch niemals hatte sich ein fremder Mensch mit der Karbatsche gedroht, denn niemand besaß dazu ein Recht. Und wenn der Herr manchmal drohte, so scherzte er eher; denn Don kannte seine Pflichten und gab niemals einen Grund zu Prügel. So dürften vielleicht die Gedanken Dons gewesen sein.

Es knirschte nur so unter den Füßen der Jagdhunde, wie sie um ihre Herren freudig herumtollten, zu seinem Ohr drang die Stimme und das Gelächter der Jäger, aber dem alten Don war zu Tode bange.

Die Gesellschaft schwand aus seinen Augen. Erst jetzt kehrte Don zurück, und total ermüdet, als ob er tatsächlich mit der höllischen Karbatsche geschlagen worden wäre, steuerte er heimwärts. Aus der Gasse hingen ihm kleine Quallen voll steilen Speichels herab, gleichsam gläsern, verzogen sich auf der Erde und sammelten den Staub auf sich. Don aber steuerte schon nicht mehr auf den Bahnhof und Perron, sondern schlich sich durch das Hintertor in den kleinen Hof hinter dem Hause. Dort zog er seinen elenden Körper unter der Bank zusammen und sah stumpf dem Tanz der Hühner auf dem Rehrückthausen zu. Er liebte dieses Gefindel niemals, aber heute hätte er es geradezu. Wie konnte dieses Pöbel so lustig sein, während er so ein großes, grenzenloses Weh wie wohl kaum sonst noch ein Hund erfahren hatte. Wie sie ihn verachteten! Und sein Herr hatte ihn sogar verflucht!

Diesmal lämmerte sich Don nicht einmal ums Fressen. Und es rief ihn auch niemand zum Mittagstisch. Der Herr wies ihn ab, und hier vergaßen sie seiner. Steht es dafür, und ist es eine Lust, weiterzuleben?

Die Stunden vergingen, die Signalglocken schlugen einträumend, die Jäger brausten aus der Ferne heran und näherten sich, die Kokonininen glitzerten und schraubten, die Kaminspiele Wollen flinkenden Rauches, der Wärm und das Getöse der Jäger verlor sich wieder in der Ferne, aber Don machte den Eindruck, als ob er von all dem nichts hören würde. Er lag unbeweglich in seinem Versteck, nichts erregte ihn. Die Sonne neigte sich gegen Thein, die Oberfläche der Beraun erglänzte von einer rotgefärbten Flut, auf die ferne Brda legten sich blaue und graue Schatten, und die Dämmerung senkte sich herab.

Da horcht! Aus der Ferne erscholl Gebell, ein doppeltes, ein dreifaches. Und schon dringen auch menschliche Laute zu Dons Ohren. Näher und näher kommt die Jägergesellschaft, die sich vormittags auf die Jagd begeben hatte. Don hob unter der Bank den Kopf in die Höhe, seine langen Ohren erzitterten. Schon unterscheidet er auch seines Herren Stimme, die fröhlich, zufrieden klingt. Die Jäger kommen mit einer guten Beute zurück.

Don hebt sein Haupt höher und höher, als ob er überlegen würde. Soll er den Herrn begrüßen? Endlich rafft er sich von seinem Lager auf, und zögernd klappt er über den Hof. Im kleinen Tore bleibt er stehen und traut sich nicht weiter. Sein Herr sieht ihn ja und wird ihn doch rufen. —

Doch der Herr sieht ihn nicht und ruft ihn nicht. Schon kommt die ganze Gesellschaft unter lebhaftem Geklapper durchs Bahnhofsgebäude, die Prager Herren verabschieden sich vom Herrn Vorstand, heßen den Hund in den Wagen, steigen hinter ihnen mit einem Teil der Jagdbeute ein, der Zug setzt sich in Bewegung, sein Getöse und Brausen tönt schon entfernt, bis es gänzlich in der Stille des Abends verschwindet.

Jetzt wird der Herr sicher zu Don kommen, ihn zu sich rufen und ihm zeigen, was er heimgebracht. Don hat ein großes Leid erduldet, aber ein freundliches Wort des Herrn wird ihn verfühnen, und sie werden wieder gute Freunde sein. Aber er wartet heute vergebens auf den Ruf. Der Herr steigt geraden Wegs in den Stock hinauf, müd von der Jagd, und wird sich heute nicht mehr sehen lassen.

Bedrückt, schlägig heult Don und kehrt dorthin zurück, woher er kam, legt sich schwerfällig nieder, krümmt sich zusammen und legt den Kopf auf die Vorderpfoten. Ach, wie anders war es „gestern“, als er mit seinem Herrn von der Jagd zurückkam und für seine Bemühung einen schmackhaften Bissen als Lohn bekam. Niemand, niemand kommt schon mehr zu ihm.

Es wurde dunkel. Jetzt erst werden einige Schritte vernehmbar, Schellen über den dunklen Hof, feuern zur Bank und Mariens Stimme ruft:

„Wo bist du, Don? Da hast du — und friß, Bestie!“
Und auf der Erde rumpelt eine alte Kaiserrolle mit Dons Nachtmahl.

Die Nacht vergeht, eine lange, dunkle, unendliche Nacht. Früh kommt Marie, um die Kaiserrolle mit dem Frühstück zu füttern. Sie schaut auf das Geschirr, schlägt die Hände zusammen und ruft:

„Du genähsliches Luder, nicht einmal angerührt hast du's! Steh auf, du Faulpelz!“

Aber an diesem Morgen stand der alte Don schon nicht mehr auf. Jetzt erst merkte Marie, daß der Hund nicht wie sonst zusammengelockert liegt. Sein Körper ruht auf der Seite, und alle Tiere hat er von sich gestreckt.

„Don!“
Doch Don hört schon nichts. Er öffnet nicht mehr die Augen, hebt keinen Kopf, nicht einmal ein Kederchen bewegt sich an ihm. Marie streckt unwillkürlich die Hand nach dem Hunde aus, aber plötzlich packt sie eine Scheu. Sie erkannte, daß Don tot sei, erschrickt, reißt die Hand fort, rafft sich zusammen und eilt hinauf: „Gnädiger Herr, Don ist verendet, er ist schon ganz starr!“
Und so war's auch. Don hatte in dieser Nacht, als er erkannte, daß er von allen verachtet wurde und auf der Welt überflüssig sei, seine treue Hundeseele ausgehaucht.

(Verantwortliche Uebersetzung aus dem Dänischen von J. Reismann.)

Die alten Kalendermacher.

In früheren Zeiten waren die Kalender fast die einzige Literatur, die der großen Masse der Bevölkerung zugänglich war. Hinter den Kalendern trat selbst das Belangbuch zurück. Dies war besonders im 17. und 18. Jahrhundert so. Die Kalender aus diesen beiden Jahrhunderten sind bessere Dokumente der damaligen Volkssitten und geben eine genauere Uebersicht über den Bildungsstand der breiten Masse als andere Aufzeichnungen. Nirgends kommt so deutlich zum Ausdruck, daß die große Mehrzahl der Bevölkerung noch im 18. Jahrhundert in mittelalterlichen Anschauungen befangen war, und nirgends wird deutlicher, daß auch in diesem Jahrhundert Aberglauben, Barbarei und Unwissenheit die Richtschnur des Lebens waren. Die „Kalendermacher“ früherer Zeiten waren wohl immer Menschen, die auf irgend eine Weise aus einer Gelehrtenkaste hinaus gedrängt worden waren, erlausene Studenten, deklassierte Pastoren, Mediziner, Juristen usw. Trotzdem hatten sie einen Einfluß auf die Volksmassen, wie ihn heute kaum die meistgelesenen Journallisten haben. Sie begnügten sich auch nicht damit, ihre Namen auf die Titelseite des Kalenders zu setzen, sondern sie fügten noch lange monströse Titel an, wie „der göttlichen Wahrheit Liebhaber“, sie stellten sich vor als Männer, die „allen Weltens Kraft und Samen“ in sich trugen, und noch lieber gaben sie sich lateinische Titel, die zwar kein Mensch verstand, die dem „Kalendermacher“ aber doch ein hohes Ansehen gaben.

Auch die Namen der Kalender waren recht eigenartig und entsprachen dem rohen, barbarischen Zeit. Es gab Not-, Jammer-, Tod-, Nord-, Kriegskalender usw. Häufig hießen sie auch Türkenkalender, oder sie trugen einen volkstümlichen Namen, wie „der lustige Bauer“, „der ehrbare Handwerker“ und ähnliche Namen. Ein Kalender des 17. oder 18. Jahrhunderts wäre nicht vollständig gewesen und hätte nicht den geringsten Anklang gefunden, wenn darin nicht Berichte über die ungeheuerlichsten Mordtaten, über Kriege, Pestilenz und furchtbare Verwüstungen durch Naturereignisse, Heuschreckenplagen, gewaltige Feuersbrünste vorgekommen wären. Ob diese Nachrichten Täuschungen waren oder nicht, darum kümmerte sich niemand, die Hauptsache blieb immer eine recht blutrünstige und schreckenerregende Darstellung. Die Türkenkalender enthielten die gräßlichsten Schilderungen über das Aufstreben der Türken in den verschiedensten Ländern und brachten Prophezeiungen, daß der Türke bald wieder ins Land kommen und schreckliche Verwüstungen anrichten werde. Meistens waren den Kalendern auch Bildnisse beigegeben, ganz roh bearbeitete Holzschnitte, die sich eng dem Text anschlossen und die ebenfalls allerlei schreckliche

Ereignisse darstellten. Da sah man, wie eine wütende Soldateska Kinder erwürgte und Frauen vergewaltigte, eine weite Landschaft fast gefressen durch riesige Heuschreckenheere, eine Stadt, über deren Häusern die Flammen zusammenstiegen und aus deren Toren die Einwohner in wilder Flucht zu entkommen suchte. Man sah Schlachtfelder, die mit Toten und Verstümmelten überjät sind, Schiffe, die infolge einer Explosion in die Luft flogen.

In anderen Kalendern sind große Kometen abgebildet, die gefährdeten Welzerföhler der damaligen Zeit. So ein Komet, der demnächst auftreten sollte, verwandelte nach diesen Kalendern die ganze Erde in ein einziges Flammmeer und sollte den Weltuntergang bringen. Auch medizinische Ratsschlüsse, die freilich als dem Aberglauben entsprungen, Wetterregeln und Sternbedeutungen durften in den Kalendern nicht fehlen. Es war genau vorgeschrieben, an welchen Tagen die Menschen Abführmittel einzunehmen hatten, wenn sie sich Schröpfen lassen mußten, es war angegeben, welche Arbeiten bei zunehmendem oder abnehmendem Mond verrichtet werden sollten. Die Konstellation der Namen führte den „Kalendermacher“ zu den verschiedensten Folgerungen. Nicht nur viele Ergebnisse in Haus und Hof, Krankheiten, Geburten, Todesfälle wurden aus der Stellung der Namen erklärt, auch Ereignisse im staatlichen Leben, Kriege und Kustände wurden damit in Zusammenhang gebracht. Jeder Monat hatte nach den alten Volksanschauungen eine Beziehung auf die Menschen, die darin geboren waren.

Je unheimlicher und grausenerregender die Voraussagen für das kommende Jahr waren, desto mehr hatte der „Kalendermacher“ Aussicht, die Konkurrenz zu schlagen, und desto mehr fand sein Kalender Abnehmer. Meistens vertrieb der „Kalendermacher“ sein Erzeugnis in eigener Person. Von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf ziehend, präsentierte er seine Kalender an. Auf jedem Jahrmarkt, bei jeder Kirchenweih, auf jeder größeren städtischen oder ländlichen Festlichkeit war auch mindestens ein „Kalendermacher“ anwesend. Als Reklamemittel bediente sich dieser seiner Stimme und eines Plakates mit einem schreckenerregenden Holzschnitt. Namen auf einem Jahrmarkt mehrere „Kalendermacher“ zusammen, so begannen zwischen ihnen ein wilder Kampf um die Gunst des Publikums. Die Kalendermänner belegten sich mit den kostbarsten Schimpfwörtern, und oft blieb es auch nicht dabei, es begannen Prügeleien, wobei Kalendermänner und Kalender in den Schmutz flogen. In allgemeinen scheint das Kalendermachen gar nicht so unüblich gewesen zu sein, denn viele „Kalendermacher“ übten diese Tätigkeit jahrzehntlang aus.

Mars in Erdnähe.

Von Artur Stenkel.

Jetzt wiederum, wie stets nach einem durchschnittlich 2 Jahre 50 Tage währenden Zeitraume, befindet sich der Planet Mars in größter Erdnähe; sein Abstand von der Erde beträgt 87 Millionen Kilometer, das sind 0,36 der Entfernung Sonne—Erde (149,3 Millionen Kilometer), die als „Astronomische Einheit“ gilt. Die Erdnähe des Mars tritt immer ein, wenn der Planet der Sonne gerade gegenüber, in Opposition, steht, also Sonne, Erde, Mars in einer Linie sich befinden, doch fallen beide Termine infolge der Bahnlage beider Planeten gewöhnlich nicht zusammen. So ist uns Mars diesmal zwar schon am 15. Dezember am nächsten, gelangt aber erst am 21. Dezember in Opposition. Wegen der starken Exzentrizität der Marsbahn, die mit 0,09 nächst der Werturbahn (0,2) am größten von allen Planetenbahnen ist, zum geringeren Teil auch wegen der Erdbahnezentrizität schwankt nun der Abstand des Mars bei seiner jeweiligen Erdannäherung sehr bedeutend, zwischen 35,7 Millionen Kilometer im günstigsten Falle und 160,2 Millionen Kilometer im ungünstigsten Falle. Am 22./23. August 1924 erreichte Mars seinen überhaupt möglichen geringsten Abstand von der Erde, wie er im ganzen 20. Jahrhundert nur dieses eine Mal eintrat, am 3. März 1933 wird dagegen der Mars in seiner Opposition fast am weitesten entfernt bleiben, bis dahin verschlechtern sich mithin die Verhältnisse.

Da Mars nur ein Siebentel des körperlichen Inhalts der Erde besitzt und sein Durchmesser mit 6770 Kilometer nicht viel mehr als die Hälfte des Erddurchmessers, 12756 Kilometer, beträgt, erscheint uns seine Scheibe in der immerhin noch recht ansehnlichen kleinsten Entfernung gegenwärtig unter dem Winkel von nur 16 Bogensekunden. Entsprechend den starken Schwankungen des Oppositionsabstandes wechselt naturgemäß auch der scheinbare Durchmesser des Mars sehr stark, nämlich zwischen 25,1 und 13,8 Bogensekunden; 1924 wuchs er auf den ersten Wert an, 1933 wird er auf 13,9 Sekunden zusammengekrumpfen und 1939 erneut auf 24,1 Sekunden anwachsen. Daß auf einer so kleinen Planetenscheibe Einzelheiten sehr schwer zu erkennen sind, ist leicht zu verstehen. In der Tat bedarf es auch vorzüglichster Instrumente, einer völlig klaren Luft und längerer Uebung im Marsbeobachten, um Feinheiten wie das Vinkennetz, die sogenannten Kanäle, wahrzunehmen oder gar zeichnerisch festzuhalten. Weniger schwierig zu sehen sind einige der großen dunklen Flecke, der mutmaßlichen Meere, sowie die glänzenden Polarflecke. In dem langjährigen Streit um die Existenz der „Kanäle“, die manche Astronomen durchaus als optische Täuschungen hinstellen wollten, sind schließlich doch die Beobachter jener Linien, wie zu erwarten war, Sieger geblieben. Wir haben uns eben mit dem Vorhandensein dieses Marsrätels abgefunden, auch wenn wir es nicht zu lösen vermögen. Ähnliches gilt von den hellen Polarflecken, deren Analogie mit den polaren Eisgebieten der Erde von vielen energisch in Abrede gestellt wurde. Heute wissen wir, daß es auf unserem Nachbarplaneten ebenfalls Schnee und Eis gibt. Seitdem es gelungen ist, die Oberflächentemperatur der verschiedenen Zonen des Mars annähernd genau zu messen und nachzuweisen, daß die Wärme am Tage nicht erheblich unter der Wärme auf der Erdoberfläche zurückbleibt und nachts tiefer sinkt, läßt sich die Möglichkeit eines gewissen organischen Lebens auf dem Mars nicht mehr in Abrede stellen. Ueber den Stand seiner Entwicklung können selbstverständlich nur Vermutungen ausgesprochen werden, der Phantasie sind aber hier bestimmte Grenzen gezogen. Dieleichte weicht das Leben auf Mars in mancher Beziehung nicht allzu sehr von dem auf Erden ab, denn auch den Mars umgibt eine

dünne wasserdampfartige Atmosphäre. Sein Jahr ist allerdings 1,88 mal so lang als das Erdjahr, ebenso jede seiner vier Jahreszeiten. Da die Neigung des Marsäquators gegen die Bahnebene 23,6 Grad beträgt, also nur wenig größer ist als die des Erdaquators, 23,3 Grad, gleichen die Marsjahreszeiten den irdischen fast vollkommen.

Wer den Mars beobachten will, sei es mit einem Fernrohr oder auch mit freiem Auge, dem bietet sich jetzt während der ganzen Nacht Gelegenheit hierzu. Im Sternbilde der Zwillinge steht er als prächtig strahlender Stern, sofort kenntlich an seiner lebhaften roten Farbe, abends am Osthimmel, um Mitternacht sehr hoch im Süden und gegen Morgen im Südwesten. Er bildet mit den beiden Hauptsternen der Zwillinge, Castor und Pollux, als Basis (links) ein spitzwinkliges Dreieck.

Vom Döfenwagen zum Flugzeug.

Einer der letzten Pioniere, die einst im Döfenwagen zur Befriedung Nordamerikas auszogen, ist jetzt mit Ezra Reeler in Seattle gestorben. Dieser Veteran der amerikanischen Geschichte, der 97 Jahre alt wurde, verkörperte in sich die ganze Entwicklung des Verkehrs, denn er hat den nordamerikanischen Kontinent zuerst im Döfenwagen und dann 75 Jahre später im Flugzeug durchquert. Vor 77 Jahren gab Reeler seinen Posten als Drucker in Indianapolis auf und machte sich mit seiner jungen Frau im Döfenwagen auf den Weg, um in Iowa sein Heim zu gründen. Aber ein ungewöhnlich strenger Winter überfiel sie in Iowa, und so zogen sie, mit einem sieben Wochen alten Kind, weiter nach Oregon. Nach einer Reihe von vielen Monaten langten sie endlich in Portland an, wo damals die ersten Ansiedler mit dem Urwald und den Rothäuten kämpften. Reeler erlebte den Aufstieg des Landes in Oregon mit, und im Alter von 78 Jahren entschloß er sich, die Fahrt quer durch den Kontinent im Döfenwagen noch einmal zu unternehmen, diesmal nicht aus grümmiger Notwendigkeit, denn er hätte ja auch mit der Eisenbahn fahren können, sondern um das Andenken an jene Pioniere von neuem zu beleben. Er zimmerte drei dieser alten Planwagen, die sich noch erhalten hatten, zusammen, bespannte sie mit seinen Döfen und fuhr nun von Küste zu Küste, 22 Monate lang, von der Bevölkerung mit Jubel begrüßt. Aber mit 95 Jahren wagte er noch eine andere Durchquerung, durch die er dem Geiste der neuen Zeit huldigen wollte. Er reiste im Flugzeug von Seattle nach Washington, und zu der Fahrt, für die er mit seinen Döfen 22 Monate gebraucht hatte, genügt jetzt 24 Stunden.

Antikes Theater mit 20 000 Sitzplätzen. Dr. T. Leslie Sherr, Professor an der Universität Princeton, entdeckte kürzlich bei Ausgrabungen im Gebiet des alten Corinth ein riesiges Theater mit 20 000 Sitzplätzen, das seit fünfzehn Jahrhunderten im Schatten der Berge schlief. Das Amphitheater ist ein Bauwerk von 130 Meter Durchmesser, dessen Stufen sich 30 Meter über dem Boden der Orchestra erheben. Es ist aus Sandstein und Marmor erbaut. Die Mauern waren mit Freskobildern besetzt, die Szenen aus dem Weltkriege darstellten. Es liegt auf einem Hügel, der nach dem Goff von Corinth hin abfällt und von der Akropolis beherrscht wird. Dr. Sherr leitete gleichzeitig außerhalb der Mauer der Altstadt eine Begräbnisstätte aus dem fünften Jahrhundert v. Chr. frei, deren Sarkophage eine große Zahl von Gegenständen aus Bronze und kostbare Perlen bergen. Gleichzeitig entdeckte er auf der Seite des Hügel etwas tiefer ein zweites Amphitheater von geringeren Ausmaßen.

liebe zu Subventionieren, die lebensunfähig seien. Eine solche Praxis sei unter der königlichen Regierung gewesen; die jetzige Regierung aber lehne sie ab. Die Diktatoren, die in diesem Punkt ebenso nüchtern dächten wie er, wendeten aber in Herrn Baeders Rede vergeblich Hilfe zu suchen, wie er die Mittel für seine Hilfsaktionen beschaffen will. Es sei zu bedenken, daß gerade aus dem Osten die Handarbeiter ständig abwandern; aber das sei der Tatsache zuzuschreiben, daß noch eben die früher polnische Arbeiter an Stelle der heimischen beizubringen werden. Würden die Deutschen an ihre Limitationspflichten zurückstellen, so würden sie damit der Landwirtschaft mehr Nutzen als bisher. (Lebhafte Beifall bei den Regierungsparlamenten.)
Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Baeder (DnL.) wird die weitere Aussprache über den Haushalt auf Sonnabend, dem 15. Dezember, vormittags 10 Uhr, vertagt.

Die Kaufhelden.



„Vasammlungsaboi? — Da prüjeln wo uns von jeh ab in Zivil, vofschiffe?!“

Der Verkehrsriede im Osten.

Völkerbundkommission soll Litauen und Polen einigen.
Lugano, 14. Dezember.

Der Völkerbundrat hat heute vormittag unter Zustimmung des litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras und des polnischen Außenministers Jozefski beschlossen, den beratenden technischen Ausschuss für Verkehrs- und Transportfragen mit der Vorlage eines Berichts über die praktischen Maßnahmen zu beauftragen, die zur Beseitigung der zwischen Polen und Litauen bestehenden Verkehrsbehinderungen und zur Abschwächung ihrer internationalen Auswirkungen getroffen werden können. Begründet wird dieser Beschluß mit dem Artikel 23 des Völkerbundespatentes, in dem sich die Völkerbundstaaten verpflichten, die für die Gewährleistung der Freiheit des Verkehrs und Durchgangsverkehrs und für eine gleichberechtigte Behandlung des Handels aller Völkerbundstaaten nötigen Maßnahmen zu treffen. Außerdem wird in dem Beschluß darauf hingewiesen, daß bereits die erste Völkerbundsversammlung den beratenden Verkehrs- und Transpotausschuss beauftragt hat, geeignete Maßnahmen zu prüfen und vorzuschlagen, die zu jeder Zeit die Freiheit des Verkehrs und des Durchgangsverkehrs sicherstellen.

Zur politischen Seite des polnisch-litauischen Problems wird in dem heutigen Beschluß des Rates an die feierliche Erklärung Litauens vom 10. Dezember v. J. erinnert, wonach es sich nicht mehr als im Kriegszustand mit Polen betrachtet und zwischen beiden Ländern also Friede herrscht. Andererseits werden die feierlichen Erklärungen des polnischen Vertreters wiederholt, wonach Polen die politische Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit des Gebietes der litauischen Republik anerkennt und respektiert.

Abschluß in Lugano — aber kein Ergebnis.

Lugano, 14. Dezember. (Eigenbericht.)
Die diesmal sehr ausgedehnten Privatbesprechungen der am Rheinland und am Reparationsproblem interessierten Ratsmitglieder fanden am Freitag mit einer zweiten Dreierzusammenkunft und einer zweiten Unterredung der Vertreter Frankreichs und Englands einen gewissen Abschluß. Von deutscher Seite wird nochmals betont, daß die Besprechungen

kein sensationelles Ergebnis

gebracht hätten und gar nicht hätten bringen können, da es nur Besprechungen, aber keine Verhandlungen waren. Aus Erklärungen der deutschen Teilnehmer an den Besprechungen ergibt sich als Gesamtbild, daß hinsichtlich der Kontrollkommission nach Belegung der Räumung noch keine Einigung erzielt werden konnte. Deutschland vertritt in dieser Frage nach wie vor den Standpunkt, daß keinerlei Kontrolle nach 1933 statuiert sei. Die Verhandlungen über die Räumung und die Zusammenlegung der Kontrollkommission sollen ungefähr gleichzeitig mit dem Zusammentritt der Reparationsverhandlungen, der Mitte Januar erwartet wird, auf diplomatischem Wege fortgesetzt werden.

Stresemann wies Journalisten gegenüber die Behauptungen einiger Blätter, daß die Rede Hermann Müllers in Lugano gewirkt habe, entschieden zurück. Er sei mit Müller vollständig einverstanden.

Paris verjagt, Stresemann gegen Müller auszuspielen.

Paris, 14. Dezember. (Eigenbericht.)
Der „Lemps“ übt scharfe Kritik an der Rede Hermann Müllers und zeigt sich über die Einmütigkeit erstaunt, mit welcher die deutsche Presse von rechts bis links die letzte Rede des Kanzlers gebilligt habe. Man habe dadurch den Eindruck, daß sich das deutsche Volk hinter seinen Führer stelle; indessen sei diese rhetorische Rundgebung Hermann Müllers zum mindesten inappropiater gewesen, da sie zwangsläufig die Resultate, die man in Lugano für erreicht hielt, kompromittieren müsse. Die Erklärungen über den Anschluß zeigten zum mindesten davon, daß es dem Kanzler an politischem Verständnis mangelte (?). Das Blatt schließt mit der sonderbaren Feststellung, daß es nützlich wäre, zu wissen, ob die wahren Gedanken Deutschlands in den Besprechungen Stresemanns oder in den öffentlichen Rundgebungen Hermann Müllers zu finden seien. (Antwort: siehe vorige Meldung aus Lugano, Red. d. „L.“)

Kriegsbeil ausgegraben.

Bolivians Indianerarmee.
La Paz, 14. Dezember.
Obwohl das Kriegsgebiet im allgemeinen abgenommen zu haben scheint, haben 50 000 Quincha- und Amara-Indianer sich freiwillig zum Dienst an der Grenze angeboten. Diese Haltung wird von der Presse hoch anerkannt, da die Meinung vertritt, die Indianer würden im Falle eines Krieges einen machtvollen, vielleicht entscheidenden Faktor bilden.

Ruhe kehrt wieder ein.

London, 14. Dezember. (Eigenbericht.)
Die im Laufe des Freitag in London aus La Paz und Teunition eingetroffenen Meldungen scheinen auf eine Entspannung zwischen Bolivien und Paraguay hinzudeuten. In der Presse von La Paz spiegelt sich eine ausgesprochene Erleichterung wieder. Es scheint, daß die bolivianische Regierung eine friedliche Regelung nicht mehr abgeneigt ist. Führende Männer sollen die Beilegung des Konfliktes mit Hilfe des Völkerbundes der Vermittlung einer amerikanischen Regierung vorzuziehen.
Der nordamerikanische Staatssekretär Kellogg hat eine außerordentliche Sitzung der panamerikanischen Schlichtungskommission einberufen, die Mittel und Wege finden soll, um den Ausbruch eines Krieges zwischen Bolivien und Paraguay zu verhindern.

Gesetzeschutz für Wahlen.

Wirtschaftlicher Boykott und gesellschaftlicher Verruf im neuen Strafrecht.

Der Strafrechtsausschuß beriet gestern die Strafbestimmungen, welche gegen den Zwang bei Wahlen und Abstimmungen gerichtet sind. Nach § 104 des Entwurfs soll derjenige mit Gefängnis bestraft werden, der mit Gewalt oder durch gefährliche Drohung oder durch Drohung mit einem wirtschaftlichen Nachteil oder einem anderen erheblichen Uebel jemand nötigt oder hindert, überhaupt oder in einem bestimmten Sinn zu wählen.
Abg. Marum (Soj.) begründete einen sozialdemokratischen Erweiterungsantrag, der dahin geht, daß auch bei Drohung mit einem wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Verruf Bestrafung eintreten soll. Er wies darauf hin, daß Wahlen und Abstimmungen vor aller Bedrohung mit Zwang geschützt werden müßten, um die Freiheit der Wahl zu garantieren.
Abg. Hanemann (DnL.) wendete sich gegen den sozialdemokratischen Antrag, daß wohl nichts anderes sei als eine Wegweiser, zu deren Erlaß nicht der geringste Grund vorliege. Auch der Abg. Japp (DnL.) wendete sich gegen Strafen für gesellschaftlichen Verruf. Damit würde nur einer Schöffel Ehr und Lor geöffnet werden. Der gesellschaftliche Verruf habe nichts mit dem Strafrecht zu tun.
Abg. Wunderlich (DnL.) wendete sich dagegen, daß gemäß dem sozialdemokratischen Antrag schon die Drohung mit einem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verruf unter Strafe gestellt werde. Das würde besonders bei Kommunalwahlen zu unerwünschten Folgen führen.
Reichsjustizminister Koch erklärte zu dem sozialdemokratischen Antrag, daß unter Umständen auch schon der in diesem Antrag betonte Tatbestand von der Regierungsvorlage gedeckt werde.
Ministerialrat Schäfer legte die Ratamündigkeit der Bestimmung des § 104 auf Grund der Vorgänge dar, die sich beim Volksbegehren zur Fürkennzeichnung abgepielt hatten. Danach sei häufig dem Arbeiter, der sich in die Liste eintrage, Entlassung angedroht worden.
Abg. Rosenfeld (Soj.) trat den Einwänden gegen den sozialdemokratischen Antrag entgegen. Es sei charakteristisch, daß derselbe Abg. Japp, der gestern bei der Frage des Schutzes vor Versammlungsstörungen nicht weit genug habe gehen können, in der Forderung von Strafbestimmungen, die sich in erster Linie gegen die Arbeiter richteten, heute der gesellschaftliche Verruf unter Strafe werden soll. Bedenken habe, zu scharfe Bestimmungen in das Gesetz hineinzuschreiben. Wo es gegen die Arbeiter gehe, sei Herr Japp durchaus nicht zurückhaltend, wo aber der gesellschaftliche Verruf getroffen werden soll, sei er ganz anders.

Da handle es sich häufig um Angehörige einer Schicht der besitzenden Klasse, die sich vor dem Vorurteil ihrer Klasse freigemacht hat. Gerade in solchen Fällen sei ein strafrechtlicher Schutz notwendig.
Abg. Hülken (Konm.) trat für den sozialdemokratischen Antrag ein. Besonders auf dem Lande spiele die Boykottierung der Kleinbauern durch die Junker eine große Rolle und deshalb solle man der sozialdemokratischen Anregung Folge geben.
Abg. Ehlermann (DnL.) wünscht nur den Verruf, der öffentlich ausgesprochen werde, bestraft zu sehen.
Abg. Wegmann führt aus, daß der sozialdemokratische Antrag ihm durchaus sympathisch sei. Er fürchte nur, daß man bei der Auslegung zu weit gehen könne.
Abg. Hergst (DnL.) macht geltend, daß man doch nur den Verruf bestrafen könne, der unmoralisch sei.
Schäfer vom Reichlichen Justizministerium trat für die Regierungsvorlage ein. Die von einzelnen Rednern an der Formulierung des § 104 geübte Kritik erklärt er als unbegründet. Die Regierungsvorlage stelle sich das Ziel, die Wahlkämpfe zu entgiften.
Der Ausschuß beschloß darauf, § 104 und den damit zusammenhängenden § 107, dem Ausschluß zu überweisen.
§ 105 droht Gefängnisstrafe demjenigen an, der durch Täuschung bewirkt, daß jemand nicht oder anders, als er will, oder unglücklich wählt oder stimmt.
In der Debatte zu dem Paragrafen wird festgestellt, daß nicht schon dann eine strafbare Handlung vorliegt, wenn jemand sich über das Programm einer Partei täuscht, sondern erst wenn jemand anders wählt, als er wollte. Alles, was der Wählenden vorausgeht, sei ausgeschaltet. Strafbar sei nur, wenn jemand z. B. einen anderen, der demotivational zu wählen entschlossen ist, den Stimmzettel für eine andere Partei unterschreibt. Schließlich wird auch § 106 dem Unterausschuß überwiesen.
Die folgenden Paragrafen, die von der Bestrafung und Fällung bei Wahlen und Abstimmungen handeln, sowie die Paragrafen, die die Verhinderung einer Wahl oder Abstimmung und die Verletzung eines Abstimmungsgeheimnisses betreffen, wurden nach der Regierungsvorlage angenommen.
§ 111, der dem Gericht das Recht geben will, die Amisfähigkeit und das Wahl- und Stimmrecht abzurufen, wenn eine Bestrafung wegen Vergehen bei Wahlen und Abstimmungen vorliegt, fast einstimmig gestrichen.
Weiterberatung im Januar.

Der Nachtragetat im Reichsrat.

Doppelvortage zum Etat des Statistischen Reichsamts.
Der Reichsrat bewilligte gestern den Nachtragset für das Jahr 1928 mit den Abstrichen, die die Ausschüsse vorgeschlagen hatten. Es handelt sich bei diesem Etat hauptsächlich um die noch fehlenden Personalien des Etats für 1928. Für neuegeforderte Stellen kommen insbesondere die Versorgungsämter, das Statistische Reichsamts, das Reichsversicherungsamt mit acht neuen Senatoren und das Patentamt in Frage. Durch Umwandlung der Gesundheitsämter sollen neue Poststellen in Argentinien, Brasilien und Chile eingerichtet werden, ferner eine Gesundheitsämter erster Klasse in Peru, endlich vier Generalkonsulate erster Klasse, darunter solche in Danzig und Kattowitz, und sechs neue Konsulate. Zur Durchführung der sogenannten Ministerialverwaltung soll die Zahl der Ministerialräte und Oberregierungsräte je um einige dreißig, die Zahl der Ministerialkonsuln um etwas über 80 vermehrt werden. Für das Reichsinnenministerium ist der Nachtragset von besonderer Bedeutung, da ab 1. April 1929 die Arbeiten des aufzulösenden Reichskommissariats für öffentliche Sicherheit mitübernommen werden müssen, und außerdem die Befehle der Völkerverwaltung und die Schaffung einer Zentrale für Kommunalpolitik zwei neue Ausgabenstellen schaffen.
Finanzminister Dr. Hülferding erklärte sich im Namen der Reichsregierung mit den Abstrichen des Ausschusses einverstanden, mit Ausnahme der Abstriche im Etat des Statistischen Reichsamts, dessen an und für sich bedeutungsvolle Arbeit angesichts der bevorstehenden Reparationsverhandlungen an weitreichender Verantwortung noch zunehme. In diesem Punkt werde die Reichsregierung eine Doppelvortage einbringen.
Eine Entschließung der Ausschüsse, in der die Reichsregierung ersucht wird, für den Aufschiffbau Zeppelin aus verfügbaren Mitteln Beihilfen in Höhe von zwei Millionen Reichsmark noch im laufenden Rechnungsjahr bereitzustellen, wurde angenommen.
Der Vorlage betreffend Erhöhung der Zuckergölle zum Zweck einer Bekämpfung des ausländischen Dumpings wurde zugestimmt.

Ein vielumstrittenes Buch.

„Arabella's Opferung“ eingezogen.
Die Große Strafkammer des Landgerichts II hatte unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Ohnesorge, dem sich als Schöffen ein Verlagbuchhändler und ein Fleischermeister zugesellten, gestern als Strafkammer zu fungieren. Zur Verhandlung stand der Antrag der Staatsanwaltschaft III auf Beschlagnahme des im Verlage von Horabich u. Marx erschienenen Buches „Arabella's Opferung“, dessen Verfasser der Schriftsteller H. R. Frey ist. Das Schöffengericht Charlottenburg hatte, wie wir damals berichteten, anerkannt, daß das Buch trotz seines rein sexuellen Vorgang in krasser Form behandelnden Inhalts als Kunstwerk zu bewerten sei, und das Buch freigegeben. Gegen dieses Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Staatsanwaltschaftsrat Berger-Bandfeld beantragte die Beschlagnahme des Buches. Rechtsanwält Dr. Lee hatte dem Gericht eine große Zahl von schriftlichen Gutachten namhafter Autoren überreicht, die aber in der künstlerischen Bewertung des Buches und über die Frage seines unzüchtigen Charakters widersprechend urteilten. Vor Bericht wurden als Sachverständige vernommen Georg Engel, der Vorsitzende des Kunstschaffers beim Reichspräsidenten, und Dr. Böhm. Ihre Darlegungen hinsichtlich der Behandlung des heiklen Stoffes im allgemeinen fielen für das Buch nicht besonders günstig aus. Uneingeschränktes Lob sollte dem Verfasser vom Standpunkt der Frau aus die Schriftstellerin Ella Freden-Rohlfhaas. Nach mehrstündiger Beratung kam die Strafkammer zu dem Urteil, daß das Buch „Arabella's Opferung“ eingezogen und die Platten und Formen unbrauchbar zu machen seien.
Sepp Dertler ist einem Herzschon erlegen. Dertler war in seiner Jugend Anarchist und wegen Verbreitung eines anarchistischen Flugblattes zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Nach dem Umsturz wurde er 1918 Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates in Braunschweig und später Ministerpräsident. Als seine Bestechungssache, in die auch der bekannte Otto Otto aus Berlin verwickelt war, bekannt wurde, wurde er aus der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen. Er wandte sich dann der völkischen Bewegung zu, ohne dort Einfluß zu gewinnen.

